INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

Nr. 337 22. Juni 1995

DEMONSTRATION
am Freitag, 23.6.95, um 17.00 Uhr
von Humboldt-Uni/Unter den Linden
zum Bundesinnenministerium:

WIR LASSEN UNS NICHT ABSCHRECKEN !!
SCHAFFT 1, 2, 3, VIELE RAFfinierte RADIKALe K.O.M.I.T.E.E.
BRINGT MASSIG TRANSPARENTE UND VOR ALLEM LÄRMIN ... UMENTE MIT

LEBT UND LEST

radikal

Nun haben BKA und Co also den diversen Spezialbullen mal wieder die Order gegeben, ihren Macho-Gelüsten in Rambo-Manier freien Lauf zu lassen und die RADIKALE Linke mal wieder ordentlich zu terrorisieren.
Damit unsere Wut aber nicht hilflos bleibt:
- Unterstützt die Inhaftierten und gesuchten Genossen
- Vertretet öffentlich die mit Repression überzogenen Themen
- Seid genau im Umgang miteinander, aber schiebt keine Paranoia

LEBT und LEST RADIKAL!

(Aufgrund der Fülle an eingegangenen Infos mußten wir ziemlich rigide auswählen und teilweise kürzen. Sorry! - Aber wir freuen uns über eine solche Art von Stress.)

Liebe und Kraft den Gefangenen!
INTERIM
(offizielles Recherchemagazin zur Erstellung des Berliner VS-Berichts)

Besuch im Wedding

ı der Woche vom 12. – 17.6. bekamen die Nachbarn einiger Leute aus politisch aktiven trukturen im Wedding ungebeten Besuch. Dieser Besuch stellte sich unter Vorlage eines ıusweises als "Senatsangesteller" vor. Er zeigte Fotos (keine Paßbilder!) von den etreffenden Personen und fragte, wann diese zuletzt gesehen wurden und wie deren 'agesablauf aussehen würde.

‹eine Aussagen bei Bullen & LKA – Anna und Arthur halten's Maul

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Bundesweite Durchsuchungsaktion 13.6.95 3
Volxsport 6
Bundesweite Durchsuchung/Bremen 7
-"- /Köln 8
Scherbendemo Friederichshain 9
Kommitee/Radikal/AIZ 10
Bundesweites Treffen zu Mumia Abu-Jamal 12
Info-Veranstaltung Graue Wölfe 13
Hungerstreik eines Kurden 14
Queer Revolution 15
Antimilitaristische Aktionstage Bombodrom Wittstock 16
Antirassistische Fahrradtour 17
CSD 18
Medientreff Umbruch 18
Zur abgesagten Kurdistan-Demo Ffm 19
Nachschlag zum 3.10.94 in Bremen 20
Volxsport Transrapid 20
Die antisemitischen Früchte des Zorns 21
Vorsicht Täterschützer! 26
Kein Konzert mit HBW 27
Bargeld für alle! 29

Ordner

ProKo zur Kritik in Nr 334
EIN Edelweisspirat zur Organisierungsfrage
Rathaus Bochum antirassistisch verschönert
Text aus Italien zur Repression an 8 AnarchistInnen wegeneiner angeblichen Entführung

Veranstaltung im Ex
am 23.6. 20 Uhr
"Unterstützt den Wendländischen Widerstand"

BUNDESWEITE DURCHSUCHUNGSAKTION 13.6.95

Am Morgen des 13.6.95 starteten die deutschen Sicherheitsbehörden einen neuen Versuch, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die wahre Gefahr für Leib und Leben harmloser BürgerInnen nicht vom faschistischen Bombenterror ausgeht, der am selben Tag in Lübeck erneut zuschlug, sondern von den sogenannten Linksextremisten.
In acht Bundesländern fanden Durchsuchungen statt; betoffen waren Wohnungen, Hausprojekte, Geschäftsräume und linke Zentren in mindestens 13 Städten.
Wurde in den Medien anfangs noch lanciert, daß es sich bei der Aktion der Bundesanwaltschaft (BAW) um einen "Schlag" gegen die "Antiimperialistische Zelle" (AIZ) handelte, so stellte sich im Laufe des Tages heraus, daß sich der Schwerpunkt der BAW-Razzia gegen die vermeintlichen Strukturen der **radikal** richtet.
Die **radikal** ist die einizige bundesweit erscheinende linke Zeitung, in der ohne Bedrohung durch staatliche Kontrolle oder Zensur über linke Militanz, Organisierungsmodelle und bewaffneten Kampf geschrieben und diskutiert werden kann.
Vier Genossen wurden im Zuge der Razzia nach Karlsruhe verschleppt und sitzen seitdem in Untersuchungshaft.
Vorwurf: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (**radikal**) und Werbung für terroristische Vereinigungen (AIZ, RAF, KOMITEE u.a.), §§129/129a.

Unser bisheriger Informationsstand zu den einzelnen Städten (Stand vom 18.6.):
(in einzelnen Fällen können noch Ungenauigkeiten drinstecken)
* In Rendsburg wurde eine Wohnung von vermummten Polizisten gestürmt. Der Genosse, dem die ganze Aktion galt, wurde verhaftet und nach Karlsruhe zur BAW verschleppt. Computer, Briefe, Telefon-Unterlagen wurden beschlagnahmt.
* In Lübeck wurden das Arbeitslosenzentrum (ALZ), die "Alternative" inklusive Bauwagen sowie zwei Wohnungen durchsucht. Bei diesem Überfall wurden zwei Menschen festgenommen. Während einer nach einer ED-Behandlung wieder freigelassen wurde, wurde der andere sofort nach Karlsruhe geschleppt. Eine dritte Person, nach der gefahndet wurde, stellte sich am gleichen Nachmittag im Beisein seiner Anwältin und wurde nach einer ED-Mißhandlung wieder entlassen.
Der Überfall auf die Bauwagen wurde von schwerbewaffneten SEKlern durchgeführt, die anschließende Durchsuchung durch LKA und BKA war äußerst penibel. Insgesamt wurden dort über 100 Gegenstände gestohlen (Computer, Briefe, Kontoauszüge, Stadtpläne, Zeitungen...).
Es wurde im Falle des ALZ versucht, Leute sofort zu ZeugInnen zu machen und staatsanwaltschaftlich zu vernehmen.
* in Neumünster wurde der Infoladen Omega und die angrenzenden Räume durchsucht (Informationsdienst Schleswig-Holstein - IDSH -, Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, u.a.). Computer, Drucker, Telefon, Telefonregister, Adressenkarteien und jede Menge anderer Unterlagen wurden den verschiedenen Projekten geklaut (die Aufstellung umfaßt 30 Seiten!). Die Bullen interessierten sich u.a. besonders für das Computer-Verschlüsselungs-Programm "PGP", das den Sicherheitsbehörden ein Dorn im Auge ist.
* in Hamburg sind mindestens 15 Wohnungen und wahrscheinlich eine Druckerei durchsucht worden. Dabei wurden acht Menschen vorläufig festgenommen. In 4 Fällen werden sie wegen AIZ beschuldigt, in 2 Fällen der Unterstützung der **radikal**, in 2 Fällen der "Mitgliedschaft" in der **radikal**. Alle acht wurden nach ED-Mißhandlung im Laufe des Tages wieder freigelassen.
Beschlagnahmt wurden überall Computer, Briefe, Fotos, Videos, Papiere etc.
In Hamburg gab es übrigens am 16.6. eine Demo von ca.500 Menschen gegen die Razzia.
* In Bremen waren mehrere Wohnungen, eine Gemeinschaftspraxis, der Infoladen, der Frauenbuchladen und ein weiterer Laden betroffen. Zwei Personen werden von der BAW der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt (AIZ), drei Personen werden der Mitgliedschaft in der "kriminellen Vereinigung" **radikal** beschuldigt. Es gab sieben vorübergehende Festnahmen und fünf ED-Mißhandlungen.
Auch hier wurden Computer, Adressenlisten etc. mitgenommen.
* In Oldenburg wurden eine Wohnung und ein Auto durchsucht - auch hier diente als Grund angebliche Mitverantwortlichkeit an der Herstellung der **radikal**.
* In Münster wissen wir von 5 Durchsuchungen, u.a. war der Infoladen betroffen.
Die Beschlüsse richteten sich gegen vier Männer wg. §§129/129a. Ein Mann wurde nach Karlsruhe verschleppt und verhaftet in Sachen **radikal**.
Es wurden Wohnungen, Keller, Dachböden, Gärten, Autos durchsucht. In den Gärten wurden Metallsuchgeräte eingesetzt, ein Suchhund war auch dabei. Ein Zierteich wurde von Polizeitauchern durchforscht. Die Beschlagnahmepraxis war uneinheitlich, im wesentlichen wurde mitgenommen: Computer, Kalender, Schreibmaschinen, Disketten, Tagebücher, Stadtpläne, Musikkassetten...

* In Köln drangen die Bullen in mehrere Häuser ein, um fünf Wohnungen, den Infoladen und das Antifa-Cafe zu durchsuchen. Dabei tat sich das SEK von NRW einmal mehr durch besonders brutales Auftreten hervor: Es wurden in einem Haus Blendschock-Granaten eingesetzt, Leute wurden gefesselt und z.T. längere Zeit nackt auf dem Bauch liegend festgesetzt. Es gab zwei vorübergehende Festnahmen wegen Widerstands gegen die StaatsGEWALT, nachdem einige Leute sich gegen den vermeintlichen faschistischen Überfall durch die maskierten, nicht sofort als Polizei erkennbaren SEKler verteidigt hatten.
Eine Durchsuchung richtete sich gegen eine ehemalige Gefangene aus der RAF, die vorübergehend festgenommen und ED-mißhandelt wurde unter dem Vorwurf, "Kontaktstelle" zwischen der Szene und der angeblichen "Kommandoebene" der RAF zu sein.
Die anderen Durchsuchungsbeschlüsse richteten sich gegen eine Person, die der "Mitverantwortlichkeit" für die **radikal** beschuldigt wird.
Es wurden Computer, Schriftkram, Video- und Audikassetten, Broschüren u.a. beschlagnahmt.
* Auch in Duisburg und Uelzen soll es Durchsuchungen gegeben haben, ebenso in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz, darüber haben wir aber noch keine näheren Infos.
Soweit unser derzeitiger Informationsstand.

* BERLIN:

Vermutlich seit dem Vorabend des 13.6. waren einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei einkaserniert und wurden dann um sechs Uhr morgens auf zwei Hausprojekte und drei Einzelwohnungen losgelassen. Straßen wurden z.T. abgesperrt und SEK stürmte die Eingangs- und Wohnungstüren. Die angetroffenen Personen durften stundenlang nicht telefonieren, meist nicht einmal ihre Zimmer verlassen. Trotzdem konnten relativ bald AnwältInnen alarmiert werden, die allerdings nicht überall reingelassen wurden. Die Durchsuchungen wurden im wesentlichen vom LKA (Staatsschutz) durchgeführt, es waren aber teils auch BKA-Bullen dabei.
Bei einem Haus und zwei Wohnungen war der Anlaß der Bullenaktion die Fahndung nach drei Männern, denen vorgeworfen wird, als DAS K.O.M.I.T.E.E. im April 95 versucht zu haben, den in Bau befindlichen Abschiebeknast in Grünau zu sprengen.
Bei dem anderen Haus und der dritten Wohnung ging es gegen die **radikal**.

Die Durchsuchungen wegen KOMITEE (BGH-Beschluß vom 2.Juni) betrafen ein Haus in der Manteuffelstr. und zwei Wohnungen, in denen angeblich nicht nur Beweismittel im §129a-Verfahren, sondern auch einer der drei Verfolgten persönlich gesucht wurden. Die Durchsuchungsbeschlüsse richteten sich gegen drei Personen, denen eine persönliche Nähe zu den Gesuchten unterstellt wird. Das Bullenaufgebot war massiv, für die Manteuffelstr. kam neben mindestens zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei sowie SEK ein ganzer Reisebus voll LKA-Staatsschutz-Bullen und eine Staatsanwältin aus Karlsruhe. Hier war der Durchsuchungsbeschluß des BGH ursprünglich nur für eine Wohnung im 2.Stock ausgestellt. Die aus Karlsruhe mitgebrachte Staatsanwältin (Frau Dr.Fischer) ordnete dann vor Ort die Durchsuchung des ganzen Hauses an ("Gefahr im Verzuge"...). Das hieß: Alle Zimmer, Werkstätten, Dachboden, Keller und Remise im Hinterhof. Durch Keller und Dachboden schickten sie einen Sprengstoff-Suchhund, Fingerabdruck-Spurensicherung wurde im 2.Stock und im Gemeinschaftsraum gemacht. Die Ausbeute der Durchsuchung war mager: Notizzettel, Post, ein oller kaputter Feuerlöscher, eine alte Schreibmaschine, allseits bekannte und verbreitete Broschüren, Kleinkram... Das LKA zog am späten Vormittag frustriert ab.
In den zwei anderen Wohnungen wurden ebenfalls Fingerabdruck-Spuren gesichert. In der einen Wohnung war niemand, so daß sie in Ruhe ihr Geschäft verrichten konnten. Sie nahmen hier Briefe, Adressbuch, Kalender, Fotos mit. In der anderen Wohnung hatten sie es vor allem auf Computer und Disketten abgesehen, die sie beschlagnahmten.
Die Durchsuchungen wegen **radikal** (BGH-Beschlüsse vom April/Mai) richteten sich speziell gegen Werner. Er wurde in der Wohnung seiner Eltern festgenommen, dort wurde dann auch durchsucht. Es wurde Schriftkram und Computer beschlagnahmt. In einem Haus in der Wrangelstr. wurden drei Wohnungen durchsucht, möglicherweise weil die Bullen nicht sicher waren, in welcher er wohnt. Dabei stürmte das SEK zuerst ein Kinderzimmer und bedrohte die dort anwesenden Kinder (offenbar eine besondere Spezialität der SEKs, die auch in anderen Städten zu beobachten war). Zusätzlich razzten sie noch eine Werkstatt im Haus, in die auch ein Sprengstoff-Suchhund gejagt wurde, und beschlagnahmten Werners Auto. Auch hier nahmen sie v.a. Notizzettel und dergleichen mit; in einer Wohnung des Hauses wurden massig Disketten beschlagnahmt. In zwei der drei Wohnungen wurden Fingerabdrücke gesichert.
Werner wurde nach Karlsruhe verschleppt und bekam, wie die anderen drei Leute, dort Haftbefehl. Er befindet sich jetzt im der JVA Heimsheim in Baden-Württemberg.
Werner ist akut an Hepatitis (Gelbsucht) erkrankt, und die medizinisch notwendige Versorgung dürfte im Knast kaum gewährleistet sein. Er braucht deswegen besonders Unterstützung. Seine Anschrift und die der anderen drei Verhafteten stehen am Ende des Textes.

Es gab ansonsten keine Festnahmen und keine ED-Mißhandlungen. Allerdings waren die drei Personen, gegen die sich die BGH-Beschlüsse wegen KOMITEE richteten, auch alle nicht anwesend.
Es wurden bei rund zwanzig Personen die Personalien aufgenommen, manchmal sofort, manchmal erst beim Verlassen des Hauses.

Insgesamt gesehen verliefen die Durchsuchungen ähnlich. Es wurden hauptsächlich schriftliche persönliche Unterlagen sowie Arbeitsmaterialien wie Computer/Disketten beschlagnahmt sowie - wie üblich bei solchen Durchsuchungen - öffentlich zugängliche politische Texte und Zeitschriften. Überall wurden die Räumlichkeiten vor der Durchsuchung genau abgefilmt.
Im Detail gab es Unterschiede von Wohnung zu Wohnung, die sich aber nicht erkennbar an den zwei unterschiedlichen Ermittlungsverfahren orientierten. Warum der Sprengstoffhund einmal eingesetzt wurde, ein anderes Mal nicht; warum hier Fingerabdrücke gesucht wurden, dort nicht; warum manchmal Disketten massiv beschlagnahmt wurden, manchmal völlig ignoriert wurden; warum **radikal**-Hefte mal mitgenommen, mal liegengelassen wurden - wir wissen es nicht.

AUCH EIN SCHLAG INS WASSER SCHLÄGT WELLEN

Es scheint zwar im Moment, daß die Durchsuchungsaktion - abgesehen natürlich von den Verhaftungen - nicht gerade viel gebracht hat. Es war schon die Rede von einer "Aktion Wasserschlag". Es ist aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, sichere Einschätzungen darüber abzugeben, welche ihrer bekannten Ziele die BAW in welchem Ausmaß gerade verfolgt:
- Die von Innenminister Kanther im Interview betonte Abschreckung und Einschüchterung von Linksradikalen
- Die konkrete Verfolgung und Zerschlagung bestimmter linksradikaler Strukturen
- Die Ausforschung linksradikaler Zusammenhänge

Ebenfalls unklar ist, was die BAW mit dieser krausen Mischung AIZ-RAF-KOMITEE und **radikal** erreichen möchte.
Es wird sich erst noch rausstellen müssen, ob die BAW versuchen wird, eine Verbindung zwischen diesen Gruppen zu konstruieren, oder ob die Durchsuchungen aus rein "praktischen" Gründen zusammengezogen worden sind (nach dem Motto: Lieber alles in einem Abwasch).
Auf jeden Fall sollte damit gerechnet werden, daß in nächster Zeit noch weitere Durchsuchungen folgen können.
Menschen, deren Namen im Zuge der Durchsuchungen von den Bullen registriert worden sind, sei es durch Kontrolle der Personalien, gefundene Adressbücher oder polizeiliche Anmeldung bzw. Mietverträge, könnten theoretisch im weiteren Laufe des Verfahrens ZeugInnen-Vorladungen bekommen.
Wir wollen nicht unnötig in Panikmache verfallen, finden es aber ganz "extremistisch" wichtig, uns auf die "Wellen" dieses "Schlages" vorzubereiten.
Wer immer Post von LKA oder Staatsanwaltschaft bekommt, sollte sich rasch mit FreundInnen/GenossInnen und AnwältInnen bzw. Ermittlungsausschuß in Verbindung setzen.
Damit der große Schlag ein großer Schlag ins Wasser wird, gilt wie immer und überhaupt: ALLE HALTENS MAUL! Und das betrifft nicht nur Aussagen bei Bullen und Justiz, sondern auch alle Formen von Spekulationen und Klatsch., z.B. wer denn evtl. wen wo mit wem in Verbindung bringt. Jedes Gerede über betroffene Personen und ihre Zusammenhänge nützt den Bullen und GBA Nehm & Konsorten.

Angesagt ist jetzt **praktische Solidarität**, und da gibt es vielfältige Möglichkeiten.
Eine für alle praktizierbare ist - ihr ahnt es schon - **Geld** sammeln. Sammelt auf allen größeren Treffen, organisiert Soli-Feten, plündert eure Sparstrümpfe, oder was es da sonst noch so gibt an Ideen. Es wird jede Menge Kohle gebraucht.
Überlegt euch, wie ihr die Solidarität mit den Verhafteten und Gesuchten praktisch ausdrücken könnt durch **Aktionen** aller Art.
Schreibt den Verhafteten. Wir gehen davon aus, daß momentan alle vier unter Isolationshaft-Bedingungen gefangengehalten werden! Schickt Telegramme!
Vertreten offensiv **Themen**, die mit den betroffenen Strukturen zusammen verfolgt werden, z.B.:
Debatte über militante Politik und deren Organisierung
Einbeziehung militanter Gruppen in die politische Diskussion
Abschiebepolitik Deutschlands
Befreiungskampf in Kurdistan

Lebt und lest RADIKAL !!

Für die Zerstörung der Abschiebeknäste - Bleiberecht für alle !!

Unsere Liebe und Kraft für die Verhafteten: Werner, Rainer, Andreas und Ralf!! Laßt euch nicht unterkriegen!!
... und für die Gesuchten: Bernhard, Peter und Thomas!! Laßt euch nicht erwischen!!

Infos in diesem Zusammenhang ist zu erreichen:
Der Berliner EA als vorläufige Berliner Anlaufadresse für alle Tel.: **6922222**
Dienstag 18.00-20.00 / Freitag 19.00-21.00
Demnächst wird es ein Info-Büro geben.

Bundesweit sammelt der Informationsdienst Schleswig-Holstein (IDSH) alle Infos:
Telefon: 04321/46542 / Fax: 04321/43459

Meldet euch mit Details zum Ablauf der Durchsuchungen, zu den BGH-Beschlüssen und Durchsuchungs-Protokollen, zu Festnahmen, zum Vorgehen der Bullen etc.

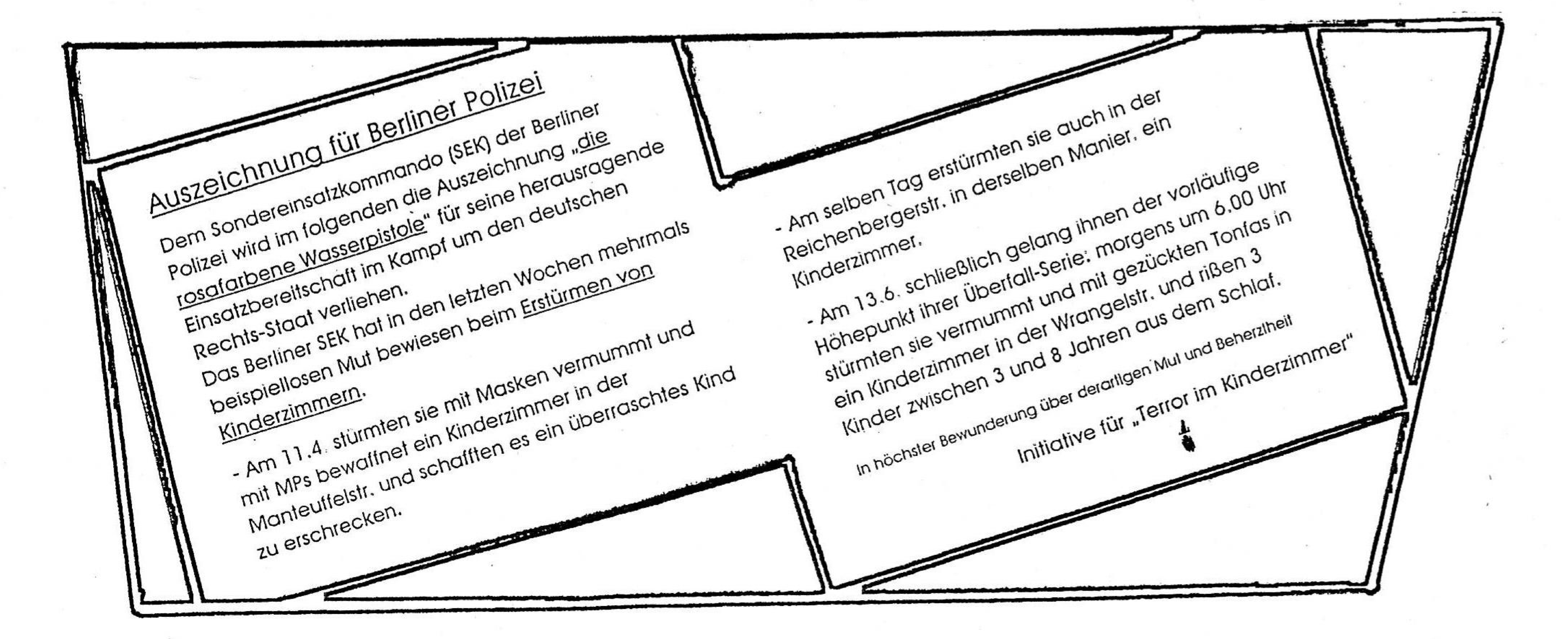
Die Gefangenen sind momentan über den Ermittlungsrichter am BGH zu erreichen:
Werner Konnerth, Andreas Ehresmann, Rainer Paddenberg, Ralf Milbrandt
über: Ermittlungsrichter am BGH Beyer
Herrenstr.45a
76125 Karlsruhe
(schneller geht's evtl., wenn das Aktenzeichen dabei steht. Wir kennen dabei von Werner sowohl das der BAW als auch das des BGH. In "normalen" Verfahren geht es am schnellsten über das staatsanwaltschaftliche Aktenzeichen!):
Werner: 1 BGs 353/95 (BGH) BJs 149/93-7 (BAW)
Andreas: 1 BGs 217/95
Ralf: 1 BGs 355/95



wir haben am 12.6. frühmorgens in der neuenberger kreuzberg ein pritschenfahrzeug der firma allround gerüstbau in brand gesetzt.
stolz demonstrierte die firma allround mit einem werbetransparent an der baustelle des neuen abschiebeknastes in grünau daß sie am bau beteiligt war.

kampf der abschiebemaschine und denen die daran verdienen

solidarische grüße an die drei



Erklärung zu den Hausdurchsuchungen
in Bremen und anderen bundesdeutschen Städten am 13.6.95

Bremen, den 15.6.1995

Am Dienstag den 13.6.95 wurden in Bremen ab 6 Uhr morgens die Räume des BBA-Ladens, des Infoladens Umschlagplatz, des Frauenbuchladens Hagazussa, einer Therapiegemeinschaftspraxis und mehrerer Privatpersonen durchsucht.
Beantragt wurden die Durchsuchungen von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Zeitgleich wurden im gesamten Bundesgebiet mindestens 50 Privatwohnungen und Initiativen durchsucht. Zu Verhaftungen kam es in Berlin, Rendsburg, Lübeck und Münster.
Die Durchsuchungen in Bremen wurden mit Ermittlungen gegen fünf Einzelpersonen begründet, wobei nur in zwei Fällen schriftliche Gründe vorgelegt worden sind. Ermittelt wird in zwei Fällen wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§129a), konkret der Mitgliedschaft in der Gruppe AIZ (Antiimperialistische Zellen). Den anderen drei Personen wird unterstellt, Mitglied in einer kriminellen Vereinigung zu sein (§129), das heißt, für die Mitarbeit und Herausgabe der Zeitschrift "radikal" verantwortlich zu sein. Von diesen drei Personen wurde auch das vermutete nähere Umfeld durchsucht. Das heißt, die Räumlichkeiten des Frauenbuchladens, der Infoläden und der MitbewohnerInnen. Die Räume der Therapiegemeinschaftspraxis wurden durchsucht, weil sie sich im gleichen Haus wie das einer der Beschuldigten befinden. Ohne Durchsuchungsbefehl wurden hier zahlreiche Gegenstände beschlagnahmt.
Verhaftungen gab es keine, jedoch sieben Vorführungen auf die Polizeiwache und fünf erkennungsdienstliche Behandlungen.
Wir sehen in der Durchsuchungsaktion vom Dienstag einen gezielten Versuch, Einzelpersonen aus verschiedenen linken und feministischen Zusammenhängen zu kriminalisieren. Es ist nicht das erste Mal, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) mit fadenscheinigen Begründungn versucht, einzelne Menschen und oppositionelle Initiativen einzuschuchtern und in der öffentlichkeit als kriminell und terroristisch zu diffamieren. Zum wiederholten Mal dient der Paragraph 129a als Instrumentarium, um derartige Aktionen und Ermittlungen durchzuführen und legitimieren zu können. So wurde der Vorwurf der Mitherausgabe der seit 1984 verbotenen Zeitschrift "radikal" schon häufiger als Vorwand für Durchsuchungsaktionen und Ermittlungsverfahren benutzt. Laut Aussage des BAW-Sprechers Hannich betrifft dieser Vorwand aktuell 25 Personen. Die angebliche Mitgliedschaft in der AIZ ist auf gleicherweise konstruiert. Schon im September letzten Jahres wurde eine antifaschistische Gruppe vom Verfassungsschutz und den Regionalmedien Taz und Weser Report in Zusammenhang mit den AIZ gebracht: Eine Veranstaltung der Gruppe, die ein paar Tage vor einem versuchten Anschlag auf das FDP-Parteibüro in Schwachhausen durch die AIZ stattfand, wurde als Auslöser und Unterstützungs des Anschlags gewertet.
Daher ist die Durchsuchungsaktion der BAW als Angriff auf linke und feministische Initiativen zu sehen, deren Ansätze zur Entwicklung einer fundamentalen Opposition im Keim erstickt werden sollen. Durch die Beschlagnahme von Adressenlisten und Kommunikationsmitteln wie Computer, Anrufbeantworter, Fax etc. soll unsere Arbeit behindert und unsere Strukturen durchleuchtet werden. Der mediengerechte Verkauf der Aktion der BAW als "Schlag gegen den Linksextremismus" ist nichts weiter als ein Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch.

Wir protestieren auf das Nachdrücklichste gegen die Durchsuchung der Wohnungen und Läden!
Wir fordern die sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren!
Die Festgenommenen müssen sofort freigelassen werden!

Wir lassen uns nicht einschüchtern und setzen unsere Arbeit fort!

Bündnis feministischer und antifaschistischer Gruppen aus Bremen

Presseerklärung

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen das linksradikale Spektrum wurde in den Morgenstunden des gestrigen Tages (13.6.1995) mehrere Wohnungen in Köln von Beamten und Beamtinnen des Bundes- und Landeskriminalamtes sowie der Kripo Köln durchsucht. Betroffen waren in Köln ein Haus in der Ludolf-Camphausen-Straße, ein weiteres Haus in der Lessingstraße und eine Wohnung in der Leyendecker Straße. Den diffus formulierten Durchsuchungsbefehlen zufolge, richtete sich das Augenmerk hauptsächlich auf die Zeitschrift »radikal«, sowie in einem speziellen Fall auf die Konstruktion »legale« und »illegale« RAF: Auf diesem Hintergrund wurde die Wohnung der ehemaligen RAF-Gefangenen Ingrid Barabaß mit der Begründung durchsucht, sie fungiere als »Nahtstellenperson« zwischen »Kommandoebene« und Inhaftierten der RAF. Der in den Medien immer wieder genannte Grund für die bundesweite Durchsuchungsaktion, Mitglieder bzw. UnterstützerInnen der »Antiimperialistischen Zelle« und des »K.O.M.I.T.E.E.« dingfest zu machen, taucht in den Kölner Durchsuchungsbefehlen nicht auf.

In der Ludolf-Camphausen-Straße 36 drangen Kräfte des Spezial-Einsatz-Kommandos gegen 6 Uhr morgens ins Treppenhaus des Gebäudes ein. Aufgrund der Tatsache, daß die Beamtem weder durch ihr Verhalten noch durch verbale Äußerungen auf den ersten Blick als Exekutivorgane zu identifizieren waren, und die BewohnInnen des Hauses aus dem Schlaf gerissen, sich mit einem vermeintlichen faschistischen Überfall konfrontiert sahen, wurde der Polizeinotruf aktiviert. Erst nach dem Einsatz von Blendgranaten und der Fesselung der betroffenen Personen wurde klar, daß es sich um einen SEK-Einsatz handelte und nicht um einen Überfall Rechtsradikaler. Zwei Personen wurden umgehend zur erkennungsdienstlichen Behandlung und zur Vernehmung zum Polizeipräsidium Waidmarkt gebracht und blieben dort bis zum frühen Abend in Haft.

Das SEK verschaffte sich auf martialische Art und Weise - Aufbrechen der Türen, Blendgranaten und Waffen im Anschlag - Zutritt zu drei Wohnungen, kurz darauf wurde die Federführung an die Beamten der Kriminalpolizei, des BKA's und des LKA's übergeben.

Für eine der Wohnungen richtete sich der Durchsuchungsbefehl gegen die ehemalige Gefangene der RAF Ingrid Barabaß, der - wie bereits erwähnt - zur Last gelegt wird (Zitat Durchsuchungsbeschluß) »sich als in der "Legalität" lebende sogen. "Nahtstellenperson" zu Mitgliedern der "Kommandoebene" für die terroristische Vereinigung "Rote Armee Fraktion (RAF)" mitgliedschaftlich betätigt zu haben.« Ingrid Barabaß wurde kurzzeitig zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeipräsidium am Waidmarkt gebracht.

Auch die Räume anderer Mitbewohnerinnen wurden mit der Begründung der gemeinschaftlichen Nutzung durchsucht, wobei eine unabhängige Zeugin anwesend war. Beschlagnahmt wurden Computeranlagen, eine Schreibmaschine, und einzelne private Aufzeichnungen. Die Durchsuchung dauerte bis 17.30 Uhr.

Auch im Fall der dritten betroffenen Wohnung in der Ludolf-Camphausenstraße stürmten maskierte und mit Maschinenpistolen bewaffnete SEK-Truppen unter dem Einsatz von Blendgranaten die Räumlichkeiten. Die Bewohner wurden gefesselt und mußten z.T. nackt eine Stunde bäuchlings auf Fußboden oder Bett zubringen. Des weiteren wurde ein Sprengstoff-Spürhund eingesetzt. Die Durchsuchung nahm mehr als 10 Stunden in Anspruch und endete um 16.50 Uhrr. Bei den Wohnungsinhabern wurden z.T. persönliche Gegenstände, PC's, eine Schreibmaschine und diverse Broschüren beschlagnahmt. Eine Person wurde zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeipräsidium Waidmarkt gebracht. Als Grund für die Durchsuchung führt der zuständige Richter am Bundesgerichtshof Bode den (Zitat Durchsuchungsbeschluß) »sehr engen Kontakt des Wohnungsinhabers« zu einem namentlich genannten Beschuldigten auf, der sich wiederum »im Verdacht steht, sich gemeinsam mit anderen als Mitverantwortlicher der linksextremistischen/linksterroristischen Untergrunddruckschrift "radikal" wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Werbens für eine terrorisitschen Vereinigung und anderer Tatbestände strafbar gemacht zu haben.«

Mit der selben Begründung verschafften sich die Polizeikräfte auch Zutritt zu den Räumen des "Antifa-Café" im Erdgeschoß des Hauses, das lt. Richter Bode vom Beschuldigten regelmäßig besucht wird. Dort, formuliert der Durchsuchungsbeschluß, »besteht der Verdacht, daß dem Beschuldigten verfahrensrelevante schriftliche Nachrichten übermittelt und die zu durchsuchenden Räumlichkeiten zur Verbreitung von "radikal" benutzt werden.«

Die Durchsuchung beschränkte sich aber nicht auf die Räume des Cafés, sondern wurde, basierend auf der schwammigen Formulierung »... und angrenzende Nebenräume« auch auf die im Keller befindlichen Räume des Info-Ladens ausgedehnt. Dort brachen die Einsatzkräfte eine unversperrte Tür auf, rissen Teile des Fußbodens heraus und beschlagnahmten schließlich Schriftgut, Adressenkarteien, das Verzeichnis der Leihbücherei, Ordner mit Schriftverkehr, sowie den kompleten "Technikpark" (Kopierer, Fax, Anrufbeantworter und Schreibmaschine).

Ebenfalls durchsucht wurde der im Erdgeschoß angesiedelte Frauenraum. Auch hier wurden Ordner mit Adressen und Schriftverkehr aserviert.

Die Argumentationsgrundlage »Kontakt zu einem Beschuldigten« mußte auch für die Durchsuchung einer Wohnung in der Leyendecker Straße in Köln-Ehrenfeld herhalten. Die Bewohner wurden hier ebenfalls um 6 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen, allerdings ohne den Einsatz von SEK-Kräften. Beschlagnahmt wurden auch hier Zeitschriften und persönliche Gegenstände, den Computer ließ man hier allerdings stehen.

Zeitgleich drangen schließlich SEK-Beamte in ein Haus in der Lessingstraße, der Meldeadresse des Beschuldigten, ein. Vermummt, behelmt und mit Maschinenpistolen bewaffnet, trat das Einsatzkommando die Haustür ein und stürmte die Wohnungen. Nachdem Fotos und Videoaufnahmen von den Räumen gemacht worden sind, übergab das SEK an die Kräfte der Kölner Kripo, des Landes- und Bundeskriminalamtes. Es ist kein "Neutraler Zeuge" anwesend, ersatzweise wird diese Funktion durch einen Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft (BAW) übernommen.

Laut Beschluß werden alle Räume der Wohnung durchsucht, da sie angeblich auch von allen BewohnerInnen gemeinschaftlich genutzt würden. Grund der Duchsuchung ist auch hier die Ermittlung gegen eine Person, die als Mitverantwortlicher für die "radikal" verdächtigt wird. Beschlagnahmt werden sämtliche Computer und Zubehör (Hardware/Software/Peripheriegeräte) aller in der Wohnung lebender Personen, sowie Privatpost, Video- und Audiocasetten. Zum Ende der Durchsuchung (gegen 14.00 Uhr) wird noch ein Sprengstoff-Spürhund durch die Wohnung geführt.

Wir protestieren aufs Schärfste dagegen, daß die Existenz einer Zeitung, die nur in Einzelteilen kriminalisiert wurde, zum Anlaß für weitgreifende Repressionsmaßnahmen gegen Einzelpersonen und ihr gesamtes Umfeld gemacht wird.

Wir fordern demzufolge:

- die Freilassung aller inhaftierten Personen
- Einstellung sämtlicher Ermittlungsverfahren
- Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände und Schriften

Konto: Wohnen und Leben e.V.

KtNr: 8132 501

Postbank Köln, BLZ 370 100 50

Stichwort!: Durchsuchung

Im speziellen Fall des Info-Ladens Köln

- Rückgabe der beschlagnahmten technischen Geräte (Kopierer, Fax-Gerät, Schreibmaschine und Anrufbeantworter)
- Rückgabe des Bibliotheksverzeichnisses, der Adressendateien, der Unterlagen über Bestellungen und Abrechnungen, der internen Unterlagen und des Schriftverkehrs
- Rückgabe der beschlagnahmten Exemplare der »radikal«, insbesondere des Archivbestandes
- Rückgabe aller darüber hinaus beschlagnahmten Zeitschriften, Broschüren und anderer Schriften.

Da sowohl bei den BewohnerInnen der durchsuchten Wohnungen, als auch im Info-Laden umfangreiches technisches Gerät beschlagnahmt wurde, was für die tägliche Arbeit (Ladenbetrieb, Studium, etc.) gebraucht wird und demzufolge umgehend wiederbeschafft werden muß, rufen wir zu Sach und Geldspenden auf.

Wir fordern die Presse auf, den ganzen Sachverhalt darzustellen und das Spendenkonto zu veröffentlichen. Sollten größere Geldbeträge eingehen, leiten wir das Geld für Anwaltskosten für die Inhaftierten weiter, soweit dies nicht ausdrücklich anders vermerkt ist.

Scherbendemo in Friedrichshain

am samstag, den 17.6., wurde an der s-bahns tation köpenick ein vietnamese von der polizei vor einen zug gejagt. dies war nicht das erste mal, daß bei polizeikontrollen und razzien gegen vietnamesische menschen deren tod und schwere verletzungen in kauf genommen wurden. so wurde am bahnhof samariterstr. anfang mai ein vietnamese auf der flucht angeschossen, als er sich einer kontrolle entziehen wollte. durch die permanenten brutalen razzien in den wohnheimen der vietnamesInnen und die öffentlichkeitskampagne des innensenators wird die rassistische stimmung gegen die vertragsarbeiterInnen geschürt, so daß solche vorkommnisse wie in köpenick kaum noch wen interessieren.
um darauf aufmerksam zu machen, haben wir in der nacht von sonntag auf montag in friedrichshain auf der frankfurter allee brennende barrikaden errichtet und die schaufensterscheiben mehrerer filialläden eingeworfen.
schluß mit den angriffen gegen flüchtlinge und vertragsarbeiter-Innen!
bleiberecht für alle!
stoppt den staatsterrorismus - schlagt zurück !!!

autonome u. kommunistische gruppen

K.O.M.I.T.E.E., RADIKAL, AIZ.

Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:

Am 11. April entdeckte eine Polizeistreife auf einem Waldparkplatz in Grünau einen Ford-Transit Kastenwagen, in dem sich nach ihren Angaben 4 Propangasflaschen gefüllt mit insgesamt 120 kg selbstgemischtem Sprengstoff befanden, sowie ein Zettel mit dem Hinweis:"Sprengung des Knastgebäudes - Achtung Lebensgefahr," unterzeichnet mit dem Namen "Komitee". Neben dem Transit parkte ein Passat.
Nach eigenen Angaben war eine Polizeistreife durch eine Routinekontrolle auf die abgestellten PKW's aufmerksam geworden und habe dann festgestellt, daß das Transit-Kennzeichen geklaut war. (es gehörte offiziell zu einem Mercedes). Daraufhin wurden beide Autos inspiziert.
Am gleichen Tag durchsuchten Bullen unter Leitung des BKA mehrere Wohnungen in Kreuzberg.
Ab dem 12 April wird nach 4 Personen im Zusammenhang mit dem Sprengstoffund gefahndet.
Durch die örtliche Nähe des Parkplatzes zum Knast Grünau, schließen die Bullen, daß die Sprengung dieses Gebäudes, welches momentan zum Abschiebeknast umgebaut wird, geplant war.
Der Name 'Komitee' sei schon einmal aufgetaucht, in einem Bekennerschreiben zu dem Brandanschlag auf die Bundeswehrkaserne in Bad Freienwalde am 27.10.94.
Die Wohnungen der Eltern der vier werden durchsucht.
Erst ab dem 13.April gibt es in der Presse erste Hinweise, wieso die vier Personen mit der Sache in Verbindung gebracht werden: Die Frau ist die Halterin des Passats. Von Zwei Männern wurden Ausweispapiere gefunden. In dem Passat hätten Autokennzeichen eines Ford-Transits gelegen. Der Halter dieses Fahrzeugs sei der 4. Gesuchte.
Am 14 April stellt sich die Halterin des Passats mit einer Anwältin der Polizei. Sie wurde nach der Vernehmung entlassen, weil kein dringender Tatverdacht bestand. Die Frau sollte sich aber für eine Gegenüberstellung zur Verfügung halten. In einigen Zeitungen wird davon ausgegangen, daß ihr das Auto gestohlen wurde.
Ein Haus im Umland von Berlin, in dem sich einige Gesuchte öfters aufgehalten hätten, wird 5 Tage lang von den Bullen auseinandergenommen.
Bei einer Autovermietung werden sämtliche Unterlagen des Jahres 94 beschlagnahmt.
Einen Monat später, am 18.5. wird die Halterin des Passats zu einer Gegenüberstellung zitiert. Ein Zeuge will in ihr eine Frau erkannt haben, die sich Monate vor dem Geschehen in der Nähe des Knastes aufgehalten haben soll. Daraufhin wird die Frau verhaftet und in die JVA Plötzensee gesperrt. Plötzlich gibt es einen dringenden Tatverdacht gegen die Frau, der aus den Zeitungsmeldungen überhaupt nicht ersichtlich wird!
Vom 7.auf den 8.6 solidarisiert sich eine Gruppe mit dem Namen Kollektiv mit den Gesuchten durch einen Angriff auf die am Umbau des Knasts in Grünau beteiligte Baufirma.Mehrere Autos der Firma wurden abgefackelt.
Am Montag den 13.6. erfolgt eine bundesweite Durchsuchungswelle bei 50 Objekten (Wohnungen,Infoläden, Hausprojekten). In Berlin waren insgesamt 5 Wohnungen betroffen.
In drei Fällen wurden die Durchsuchungen in den Zusammenhang mit Ermittlungen bezüglich des Komitees gestellt.
Zwei Durchsuchungen galten offensichtlich Werner Konnerth. Er wurde in der Wohnung seiner Eltern verhaftet, zuerst nach Karlsruhe geschleppt und dann in Heimsheim eingknastet. Der Haftbefehl lautet auf Bildung einer kriminellen Vereinigung und Unterstützung terroristischer Vereinigungen durch die Herstellung und Verbreiturg der Radikal.
Soweit unser Informationsstand.

Zur verhinderten Aktion gegen den Abschiebeknast in Berlin-Grünau:

Als Informationsquellen standen uns die Artikel der Tagespresse und lediglich zwei (!) Flugblätter von betroffener Seite zur Verfügung. Es gibt keine Erklärung einer Gruppe, die sich zu den Vorbereitungen des Anschlags bekennt.
Unser Versuch, eine Einschätzung der Sache fast ausschließlich auf der Grundlage von Presseinformationen abzugeben, bewegt sich deshalb zwangsläufig auf schwammigen Boden.

(Eben ! - die INTERIM. Da die folgende Seite des Originals lediglich weitere Spekulationen aufgrund von Bullen - und Presseinfos liefert, wird sie von uns nicht veröffentlicht. Wir finden zum jetzigen Zeitpunkt, das heißt :- vor einer Information durch die Gesuchten - , jegliche Spekulation unangebracht ! Weiter geht´s daher mit den abschließenden Betrachtungen des Papiers.) ....

Aber wir haben noch mehr zu meckern
Uns ist aufgefallen, daß es so gut wie keine Öffentlichkeitsarbeit zu der ganzen Geschichte gibt. Woran liegt das?
In der Welt vom 15.6. war zu lesen, daß die verhaftete Frau wieder freigelassen sei. Keine andere Zeitung bestätigte dies, so daß uns unklar ist, ob die Info stimmt. Von seiten der Betroffenen kein Wort, weder zu den Gründen, die zur Verhaftung führten, noch zur eventuellen Freilassung.

Wir haben das Gefühl, daß der Bundesanwaltschaft aller Raum und alle Zeit der Welt gelassen werden, ihre Konstruktionen und Schweinereien durchzuziehen. Es scheint widerspruchslos hingenommen zu werden, daß das, was mensch Öffentlichkeit nennt, einseitig von der BAW gefüttert wird! Wozu soll das gut sein???
Alle Erfahrungen zeigen, daß die BAW sich an keinerlei Spielregeln hält und verfolgt und verknackt, wen und wie sie lustig ist, wenn nicht massiver öffentlicher Druck sie zwingt, wenigstens den Schein von Rechtsstaat zu wahren. Wer Repression und Schnüffelei einfach über sich ergehen läßt, liefert sich selber aus.

Fazit
Die jetzige Zeit ist nur so gespickt von politischen Unklarheiten, Zweifeln und einer Tendenz, die bisherige politische Identität an den Nagel zu hängen. Es gibt nur sehr wenige Initiativen, die sich mit grundlegenden Fragen nach dem 'wie weiter' auseinandersetzen und praktische Anstöße liefern, die über 'Hauptsache es passiert was' hinausgehen. Eingebettet sein in Bewegung ist längst vorbei und eine neue Bewegung wird auch nicht einfach so mit der richtigen Aktion oder der richtigen Theorie zu erzwingen sein. Heute können stundenlang Straßen abgesperrt werden, Hausdurchsuchungen stattfinden, und kein Mensch kreuzt auf, pöbelt die Bullen an, schlägt Alarm.
Das dem so ist, wissen die Bullen natürlich auch und solche Zeiten sind für sie die besten, um viel Schaden durch Repression anzurichten.
Kein Zufall bestimmt, daß Aktion 'Wasserschlag', wie die 50 Durchsuchungen vom 13.6. in einem Flugblatt in der Interim tituliert wurden, jetzt stattfinden. Da wird alles auf den Tisch gepackt, was es an Vereinen noch so gibt, als Einschüchterungsversuch gegen die restliche Linke, ganz offen von Kanther so benannt.

Wie erfolgreich die Gegenseite damit wird, hängt letztendlich davon ab, ob wir zu mehr in der Lage sind, als zu Hause vorsorglich unsere Bude zu cleanen und darauf eingestellt zu sein, daß sie auch bei uns durchsuchen kommen.
In diesem Zusammenhang fanden wir es spitzenmäßig daß einer der Firmen, die am Knastumbau in Grünau verdient, schon zum zweiten Mal ihre Autos abgefackelt wurden!!

Wir fordern alle auf sich praktisch solidarisch zu verhalten:

Sammelt und spendet Geld für Bernhard, Thomas und Peter auf der Flucht und für anfallende Anwaltskosten in Sachen Radikal und Komitee.
Besprüht, beklebt und transparentet die Stadt mit Parolen zu den kriminalisierten Vereinen!
Überlegt euch Soliaktionen!
Und am allerwichtigsten: macht weiter an den Dingen, die euch wichtig sind! Laßt euch durch den Mißerfolg nicht abschrecken praktisch zu intervenieren und es besser zu machen!

Grüße an K.O.M.I.T.E.E., K:O:L:L:E:K:T:I:V, RADIKAL und die AIZ (letztere trotz allerschwerster inhaltlicher und praktischer Differenzen)

Viele Grüße und Power für Bernhard, Thomas und Peter! Laßt euch nicht erwischen!
Für Werner und die drei weiteren Männer, die am 13.6. festgenommen wurden:
Power durch die Mauern!
Liebe Grüße an alle gefangenen und gesuchten GenossInnen und alle, die hier aus höchst zweifelhaften Gründen verfolgt und eingeknastet werden!

LEBT UND LEST RADIKAL !

Berlin, 18.6.95

...und noch eine kurze Notiz in Sachen K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren:

Die am 18.5. in dieser Sache verhaftete Frau (siehe Interim 25.5.95) wurde am 9.6. freigelassen, der Haftbefehl wurde aufgehoben!

BUNDESWEITES TREFFEN ZUR VORBEREITUNG EINER BUNDESWEITEN DEMONSTRATION "FÜR DAS LEBEN VON MUMIA ABU-JAMAL"

Wie die meisten von Euch/Ihnen schon wissen.hat Gouverneur Ridge den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu -Jamal am 1.6.95 unterzeichnet und Mumia's Hinrichtung auf den 17.August 1995 festgesetzt . Deshalb planen wir für Mitte/Ende Juli eine bundesweite Demonstration.die voraussichtlich in Bonn oder Berlin stattfinden wird.

Die zentralen Forderungen der Demonstration sind:

-Keine Hinrichtung von Mumia Abu -Jamal !!!
-Garantie eines neuen fairen Prozesses !!!
-Freilassung von Mumia Abu-Jamal !!!
-Abschaffung der Todesstrafe !!!

Wir möchten, daß die Demonstration sowohl in der BRD als auch in den USA zu einem unübersehbaren Faktor wird und damit zur Rettung von Mumia's Leben beiträgt. Die solidarische Unterstützung von Mumia ist in den letzten Monaten stark angewachsen.Die Demonstration soll ein Höhepunkt in der Mobiliserung zu Mumia sein;auf ihr soll das gesamte Spektrum der politschen und gesellschaftlichen Kräfte ,die sich bisher für Mumias Leben und gegen die Todesstrafe eingesetzt haben deutlich zum Ausdruck kommen.

Wir laden Euch/Sie deshalb zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen am Sa. den 24.6. im Wuppertaler Zentrum Wiesenstr. 11 ein.Beginn des Treffens ist um 13 Uhr, bei Bedarf wird das Treffen auf So. den 25.6. ausgeweitet werden.

Tagesordnungspunkte:

-gemeisamer Aufruf
-Mobiliserungsplakat
-Redebeiträge (von VertreterInnen verschiedener Organisationen und gesellschaftlichen Kräften)
-Gestaltung der Demo
-Mobilisierung für die Demo
-Bildung eines Trägerkreises

Bringt viele Ideen und Kraft mit,damit wir gemeinsam eine starke Demonstration vorbreiten können.

Wir hoffen, ihr könnt trotz der kurzfristigen Ankündigung kommen.Wenn Euch/Ihnen das nicht möglich ist und Ihr/Sie die Demonstration dennoch aktiv mitgestalten wollt z.B. durch Redebeiträge, Grußadressen,Spenden für die Organisierung der Demonstration,Unterstützung des Demonstrationsaufrufs,meldet/en Euch/Sie sich bei uns in Wiesbaden.

Wichtig!!!
Wenn Ihr/Sie zum bundesweiten Treffen kommen wollt/en meldet Euch bitte schriftlich oder telefonisch in Wuppert a! an, um zu klären, wieviele Personen insgesamt kommen,damit die Verpflegung und Unterkunft organisiert werden kann.

Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal
Tel./Fax. 0202/311790

Unterstützungskomitee
Mumia Abu -Jamal
c /o Infoladen
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden

Tel.0611/440664 (Di.&Do.17-19 Uhr oder Anrufbeanworter)
Fax.:0611/302083 (bitte kennzeichnen)

Anfahrtsmöglichkeiten:

Mit den Zug: Hauptbahnhof (Ebersfeld) aussteigen,anschließend Bus nehmen entweder Nr. 625 oder Nr. 635 nehmen ,an Haltestelle Ludwigstr. aussteigen,bis Wiesenstr. 11 laufen.

Mit dem Auto : südliche Route:
von A 3 auf A 46 , Abfahrt:Katernberg, dann links,nächste Straße rechts,an der zweiten Ampel links, Wiesenstr.11, Zentrum
nördliche Route:
A 46 ,Abfahrt Katernberg,gerade aus, zweite Straße links, dann zweite Ampel links, Wiesenstr. 11 ,Zentrum

Mit solidarischen Grüßen
Unterstützungskomitee
Mumia Abu-Jamal

Graue Wölfe. Eine faschistische Bewegung

Gegründet wurde die MHP "Nationalistische Aktionspartei" (Milliyetci Hareket Partisi) im Jahr 1969 von Ex-Oberst Türkes, dem Mitorganisator des blutigen Militärputsches von 1960, nach dem Vorbild der NSDAP und der SA. Die Faschisten nennen sich auch Graue Wölfe. Die MHP will, rassistisch begründet und islamisch beschönt, die Errichtung eines nach dem Führerprinzip organisierten großtürkischen Reiches vom Balkan bis nach Zentralasien. Ihre Ideologie läßt sich grob unterteilen in:

1. **Nationalismus (Panturanismus)**, der sich durch ausgeprägten Rassismus gegenüber Minderheiten wie KurdInnen, Aleviten und anderen in der Türkei zeigt. Außerdem eine traditionell feindliche Haltung gegenüber Griechenland, Armenien und Serbien.

2. **Islam/Schamanismus**: Es gibt eine taktische Haltung der Grauen Wölfe gegenüber dem Islam. In der Anfangszeit wurde der Islam als "Religion der Araber" abgelehnt, es gab eine Rückbesinnung auf die vorislamische Zeit mit ihren schamanistischen Riten. Durch Mißerfolge bei Wahlen wurde der Islam durch die MHP wieder aufgegriffen.

Heute bezieht sich die MHP in der Türkei durch den allgemeinen Chauvinismus (z.B. Nationalstolz der sich an der "Kurdenfrage" aufhängt) wieder sehr viel mehr auf den Panturanismus/Nationalismus. Spätestens seit dem Zerfall der Sowjetunion ist in der Türkei die Idee eines "Großtürkischen Reiches" wieder vorstellbar geworden.

In den siebziger Jahren verübten die "Grauen Wölfe" nach Zählungen von Menschenrechtsorganisationen über 4000 Morde in der Türkei, vornehmlich an türkischen/kurdischen GewerkschafterInnen, JournalistInnen und oppositionellen Linken.

- in Malatya wurde 1975 der Bürgermeister mit einer Briefbombe getötet und es kam im Anschluß zu einem Massaker an der linken alevitischen Bevölkerung, weil ihnen der Mord in die Schuhe geschoben wurde, was von den Faschisten absichtlich so geplant war.
- beim Massaker in Kahramanmaras im Dezember `78 wurde von den Grauen Wölfen 110 Menschen getötet und tausende verletzt.
- im Oktober `78 werden sieben führende Mitglieder der Türkischen Arbeiter Partei (TIP) ermordet
- 1979 wurde ein Massaker in Sivas an linken oppositionellen Linken und andere ethnischen Minderheiten verübt
- Papst Attentäter M. Ali Agca ist nach eigenen Angaben auch ein Grauer Wolf
- von Mitte der achtziger an organisieren sich die Grauen Wölfe an den Universitäten in der Türkei. Seit zwei Jahren gibt es militante Angriffe gegen Andersdenkende.

Die MHP war von 1975 - 1978 an der Regierung beteiligt. In dieser Zeit stellte sie den Zoll- und Monopolminister. Der Posten wurde für einen regen Waffen- und Heroinhandel auch mit Deutschland ausgenutzt, der der MHP als Geldquelle diente. Eine weitere Finanzquelle war die Zeitung Hergün die in Deutschland für türkische Arbeiter herausgegeben wurde und Devisentauscher vermittelte. Diese Devisen landeten dann auf ihren Konten.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde Türkes, wie die Funktionäre der anderen Parteien von den neuen Machthabern für einige Zeit in Haft genommen und seine Partei die MHP verboten.

1983, als Wahlen in der Türkei wieder zugelassen wurden, aber nicht die Nachfolgeorganisationen der ehemaligen Parteien vor dem Militärputsch, organisierten sich die Faschisten in der von Özal gegründeten Mutterlandspartei (ANAP, Anavatan Partisi). Bei diesen Wahlen gewann die Mutterlandspartei, und somit waren viele Faschisten an der Macht mitbeteiligt. Die zivilgetarnte Nachfolge der Militärregierung war bis zum Schluß des letzten Jahrzehnt an der Macht.

> *Zitat von Namek Kemal Zevbek, ehemaliger Kulturminister und führender Ex -MHPler: "Wir sind diejenigen die in den Gefängnissen sitzen aber unsere Ideologie ist an der Macht".*

Später gründeten die Faschisten ihre eigene Partei (MCP), die Ende der 80er mit ihrem Führer Türkes wieder in die MHP überführt wurde.

Seit 1990 hat sich die Rolle der MHP in Staat und Gesellschaft der Türkei gewandelt. Sie wurde von einer relativ kleinen Kaderpartei zu einer Partei mit Massenbasis. Alte Faschisten, die für die früheren Massaker verantwortlich waren, sitzen heute in den Parlamenten. Sie sind die inoffiziellen Koalitionspartner von den Sozialdemokraten und Tansu Cillers Partei (DYP). Seit den Kommunalwahlen von 1994, bei denen die MHP auf 8,4% der Stimmen kam, stellen sie in 6 von 76 Provinzen den Gouverneur. Außerdem stellen sie in vielen Städten die Bürgermeister.

Aber wichtiger noch ist, daß viele Stellen in Staat und Gesellschaft von ihnen besetzt sind und daß sie mit den Militärs (nach wie vor die eigentlichen Machthaber, z.B. Staatssicherheitsrat) Hand in Hand arbeiten, um ihre nationalistischen Interessen zu vertreten und Minderheitenfragen blutig zu lösen. Ihre Mordkommandos sind in die Todesschwadrone der Militärs integriert. "Berichte gaben ferner Auskunft über extralegale Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Menschen", so beschreibt amnesty international die Situation im NATO Mitglied Türkei.

In der BRD bezeichnen die türkischen Faschisten ihre Organisationen häufig als "Türkische Gemeinschaft (Türk Ocaklari)", "Idealistenvereine (Ülkücü Dernekleri)" oder "Kulturvereine". Ihre Mitgliederstärke wird zur Zeit auf ca. 10.000 Menschen geschätzt.

Seit 1978 sind sie unter dem europäischen Dachverband (ADÜTDF kurz "Türkische Föderation", Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu) der "Föderation demokratischer türkischer Idealistenvereinigungen in Europa" zusammengeschlossen, unter der Führung des "Generalpräsidenten" Sedar Musa Celebi der wegen des Verdacht der Zusammenarbeit mit dem Papst Attentäter Ende 1982 nach Italien ausgeliefert wurde. Unter seinen Nachfolgern kam es zu Flügelkämpfen und Türkes brachte 87 seinen persönlichen Auslandsreferenten Hasan Yildizhan mit nach Deutschland der zum neuen "Generalpräsidenten" gewählt wurde. Dieses führte am Ende des Jahres zur Abspaltung des islamischen Flügels.

Bei ihren Jahreskongressen 1993 in Frankfurt a. M. und 1994 in Sindelfingen haben bis zu 7000 Menschen teilgenommen. Die Kongreßsäle waren mit roten Fahnen mit drei Halbmonden, Symbol des alten osmanischen Reiches geschmückt, aber auch Graue Wölfe Embleme und Kopfbänder mit "Führer Türkes" Aufschriften gab es massenhaft. Es wurden Türkes Portraits in die Halle getragen und Kampfrufe angestimmt "Führer befiehl, wir folgen dir".

Der Vorsitzende der "Türkischen Arbeitergemeinschaft Esslingen (Türk Isci Ocagi-Esslingen)", Mursel Karadavut, sagte in einer Rede 1995 u.a.: "Das türkische Volk wurde erschaffen, um der Menschheit das Gute zu befehlen und sie vom Schlechten abzubringen. Die Geschichte ist hierfür der bedeutendste Zeuge. Unser Ziel ist eine große, starke, mächtige und wohlhabende Türkei".

Türkische und deutsche Faschisten pflegen ebenfalls gute Kontakte. Strauß und Türkes waren gute Freunde und haben sich mehrfach getroffen um für die Türkische Föderation und die MHP ein günstiges Klima in Deutschland zu schaffen. Sie bestärkten sich in ihrem Antikommunismus gegenseitig. Außerdem gab es Kontakte zu v. Thadden einem alten NPDler und mehreren militanten Neonazis. Nach dem Progromen von Mölln und Solingen, wo Türken Opfer nazistischen Terrors geworden sind, scheinen sie es nicht für klug zu halten mit deutschen Faschisten offen zusammenzuarbeiten. Dennoch ist es sicher, da sie sich nachwievor nicht ideologisch unterscheiden daß sie immer noch in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Bei der Eröffnung einer großen Moschee in Mannheim wurden auf Büchertischen türkische Übersetzungen von "Mein Kampf (A. Hitler)" verkauft. Das letzte auffällige Anzeichen für ein Erstarken der türkischen Faschisten in Berlin war das Fußballländerspiel der Türkei gegen die Schweiz im April 95. Nach dem Spiel zogen viele türkische Menschen durch Kreuzberg, die laut "bozkurtlar" ("Graue Wölfe") riefen und das bekannte Zeichen mit der Hand zeigten.

Wir haben vor eine Veranstaltung mit Tanil Bora einem türkischen Journalisten und Schriftsteller und anderen über Geschichte, Ideologie und Hintergründe an der TU durchzuführen. Zwei thematische Schwerpunkte sind:

- Einleitung des AStA TU Anifa-Referat
- Gründe und Dynamiken des nationalistischen Aufkommens in der Türkei
- Näheres über den faschistischen Nationalismus

Anschließend soll es noch zur Diskussion und Nachfragen kommen

Veranstaltung zu Grauen Wölfen; Eine faschistische Bewegung

30.06.95

um 18.30 Uhr

Raum H110

(Im Hauptgebäude) der

TU- Berlin

Straße des 17. Juni 135

Veranstalter: AStA TU Berlin

Antifa-Referat

Tanil Bora

geboren 1963 in Ankara, Politologiestudium in Siyasal Bilgiler Fakültesi (Ankara). 1983 - 87 journalistische Tätigkeit in der wöchentlichen Zeitschrift Yeni Gündem. Seit 1987 Editor für Sachbücher im Iletisim-Verlag und Redakteur der monatlichen politischen Zeitschrift Birikim; seit 1993 Chefredakteur der vierteljährlichen theoretischen Zeitschrift Toplum ve Bilim.

Veröffentlichungen:

- Yesiller ve Sosyalizm (1988; über "Die Grünen")
- Rudolf Bahro: Nasil Sosyalizm? Hangi Yesil? Ne icin Sanayi? (1989; über Rudolf Bahro)
- Devlet-Ocak Dergah (zusammen mit Kemal Can, 1991, 1992, 1994; über das Wesen und Wandeln der faschistischen Bewegung während der 80er Jahre)
- Yugoslavya: Milliyetciligin Provokasyonu (1991,1995; über das Aufkommen des Nationalismus in Yugoslawien)
- Bosna-Hersek: Yeni Dünya Düzeninin Av Sahasi (1994; über die internationalistische Situation in Bosnien)
- Milliyetciligin Kara Bahari (1995; Artikel über Nationalismus im "globalen Zeitalter" - in der Türkei sowie in der Welt)

Ayni toplantı, 1 Temmuz 95'te

TU Berlin Mathematikgebäude; Raum MA 004,

türkce olarak yapılacaktır

Hungerstreik

Seit dem 05.06.95 befindet sich Rifath Colak in der JVA-Augsburg in einem unbefristeten Hungerstreik.

Rifath Colak ist im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Newrozfeier am 19.03.94 in Augsburg Festgenommen und unter Anklage gestellt worden. Er befindet sich seit dem 18.10.94 in Haft und wurden am 30.01.95 wegen Nötigung, schwerem Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da Rechtsmittel eingelegt wurden.

Sein Asylverfahren wurde mit einem negativen Bescheid abgeschlossen und er ausgewiesen.
Wie in anderen Fällen auch schon geschehen, ist zu befürchten, daß er trotz laufendem Strafverfahren abgeschoben werden soll.
Sein Hungerstreik richtet sich zum einen gegen die zu erwartende Abschiebung, zum anderen aber auch ge gen die Nichtaushändigung verschiedener Zeitungen, unter anderem der "Yeni Politika".
Er war bereits vor seiner Flucht in der Türkei politisch aktiv und deshalb inhaftiert. Während seiner Haft in der BRD wurde er in der Türkei als PKK-Aktivist mit Bild und Name in Zeitungen veröffentlicht.
Es ist daher in jedem Fall davon auszugehen, daß er bei seiner Abschiebung in die Türkei auf jeden Fall mit massivsten Repressionen, bis hin zu Folter und Tod zu rechnen hat.

Seine Forderungen lauten:

1. Ich will ein gerechtes Urteil.

2. Ich will eine Neuaufnahme meines Asylverfahrens und den Stopp der beabsichtigten Abschiebung.

3. Sie sollen erst einmal die Türkische Republik und ihren schmutzigen Krieg in Kurdistan genau untersuchen, sich den barbarischen faschistischen Staat genau anschauen, bevor sie KurdInnen dahin abschieben.

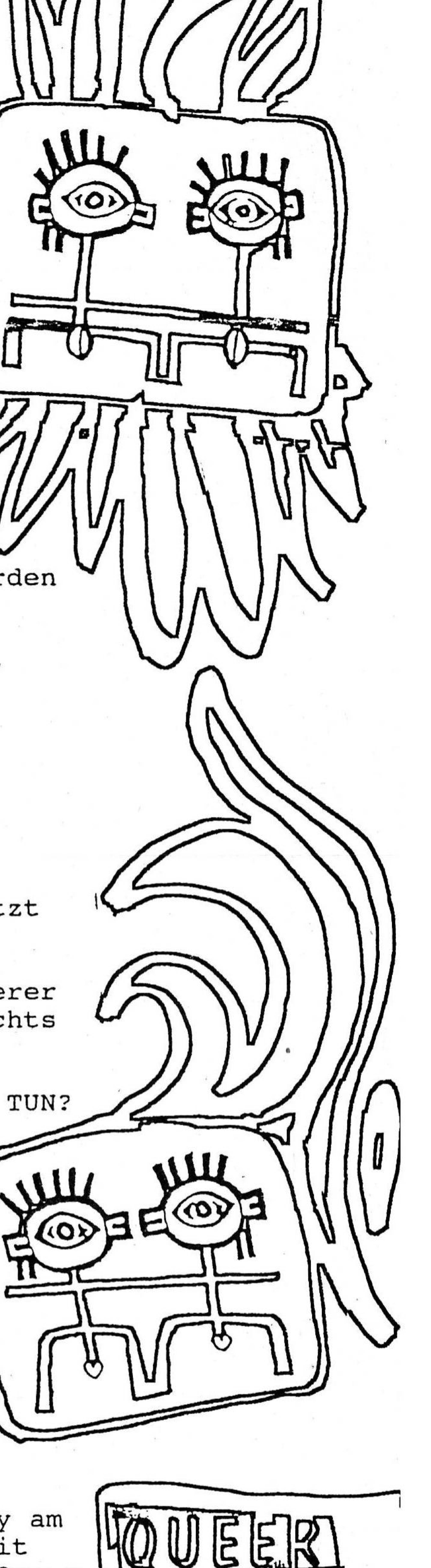
4. Meine gesamten Akten sollen erneut gesichtet werden, wenn ich abgelehnt werde, will ich die wirklichen Gründe aus den konkreten Punkten der Akten.

5. Wenn sie mich um jeden Preis abschieben wollen, dann will ich vom Richter eine Garantie für die Sicherheit meines Lebens, ein unterschriebenes Papier, auf diesen Punkt bestehe ich am meisten, und auf das gerechte Urteil.

Ermittlungsausschuß Augsburg

Ravenspurgerstraße 41
86150 Augsburg
Tel.: 0821/ 54 46 63
Fax.: 0821/ 54 44 87

SCHWEIGEN HEIßT TOD !!!
WACHSENDE WACHSAMKEIT !!!



Es ist eine große Party heute Nacht. Wir sollten feiern, schräg und verrückt, unser lesbisch/schwul/transexuell sein, unsere Schrägheit zu zelebrieren, in vielen Variationen, Wegen und Möglichkeiten. Wir sind so geübt darin, das wir es als Selbstverständlichkeit machen.

Berlin, Amsterdam, Paris, New York City...wir feiern überall.

ÜBERALL?

Bukarest, Moskau, Tirana, Algier, Mexico City, Teheran...

KEINE PARTY, KEINE QUEER SZENE, KEIN OFFENES LESBEN/SCHWULENLEBEN. SONDERN FOLTER, STEINIGUNG, INHAFTIERUNG, BRUTALE POLIZEIMORDE, SCHWULENKLATSCHEN, ENTFÜHRUNGEN UND SCHARFE REPRESSION IM ALLTÄGLICHEN LEBEN.

Es ist ein Skandal, daß die Westeuropäische Union ihre Grenzen geschlossen haben, vor SchwulenLesbenQueers, die verfolgt sind in ihren eigenen Ländern. Verfolgt zu werden weil frau/mann lesbischwul lebt, ist noch immer kein akzeptierter Asylgrund.

ES IST EIN SKANDAL, daß europäische Politik für Asyl eine Farce geworden ist und ein Instrument für rassistische Politik.

ES IST EIN SKANDAL, daß die Schwule Szene noch immer nicht wahrnimmt, daß die meisten Lesben, Schwlen, Transexuellen, Transvestiten und andere Queers nicht ihr eigenes Leben leben können, nicht die sein können, die sie sind und nicht an einem weltweiten Queerleben teilnehmen können.

OHNE BEWUßTSEIN würden wir uns als Homosexuelle/Queers noch immer verstecken.

OHNE BEWUßTSEIN würden wir nicht die Unterstützung haben, die wir jetzt haben in unserem Kampf gegen AIDS.

OHNE BEWUßTSEIN über die Tatsache, über das Queerleben außerhalb unserer sogenannten freien Welt, die Situation für Queers dort, wird sich nichts ändern.

WENN WIR UNS NICHT DAFÜR INTERESSIEREN, WER DENKST DU, SOLL ES SONST TUN?

BRECHT DAS SCHWEIGEN, ÖFFNET DIE GRENZEN, SCHAFFT BEWUßTSEIN !!!
QUEERPOLITISCH IST WELTPOLITISCH !!!

LIEBE KENNT KEINE GRENZEN
SIE KOMMT IN ALLEN FARBEN
WIR BRAUCHEN SOLIDARITÄT
WIR HABEN EINE QUEERE WELT ZU GEWINNEN

QUEER LIBERATION TOUR 95 in Berlin

Dieses Flugblatt sollte ursprünglich während der Schwulesbischen Party am Mittwoch den 7.Juni im SO 36 in Berlin verteilt werden. Dies sollte mit einer Aufführung zum Thema geschehen, welche von MitgliederInnen der Queer-liberation-tour dargestellt worden wäre.
Die Queers reisten zu dieser Zeit queer durch Europa um politische Aktionen in verschiedenen Städten zu machen. In Berlin scheiterte die Idee, eine Aktion am Abschiebeknast in der Kruppstraße zu machen, weil es keine verantwortliche Vorbereitung schwuler und lesbischer Gruppen vor Ort gab. Darum beabsichtigten die Queers die Auseinandersetzung in die Szene hineinzutragen und inmitten der allwöchentlichen Party ihre Aufführung um 2UHR morgens zu machen. Entgegen ursprünglicher Abmachungen mit den DJ's wurde die Party nicht unterbrochen, die Aufführung bekam keinen Platz eingeräumt.

Dieser Text und die kurze Geschichte dazu sollten trotzdem veröffentlicht werden, weil eine nichtstattgefundene, bzw. verhinderte Aktion auch einen Erfahrungswert darstellt. Was niemand weiß, ist nicht passiert. Was aber nicht durchgesetzt werden konnte, hat trotzdem stattgefunden.
See you CSD-NeuKöln? Radicalqueers

QUEER REVOLUTION

ANTIMILITARISTISCHE SOMMERAKTIONSTAGE!!

Am Bombodrom Wittstock vom 21.8.-28.8.1995

Schon 44 Jahre lang wurden sowjetische Bomben auf die Wittstocker Heide abgeworfen – auf eine 142 km2 große Heidelandschaft zwischen Wittstock, Kyritz und Neuruppin. Der seit der Maueröffnung eingekehrte Waffenstillstand soll von Bundeswehrpanzern, Raketen und Bomben gebrochen werden. Neben dem geplanten NATO-Schießplatz in der Collbitz-Letzlinger Heide würde das Bombodrom die zweite zentrale militärische Einrichtung in der Nähe Berlins. Mit fadenscheinigen Argumenten versucht die Bundeswehr die Bevölkerung für das mörderische Projekt "Bombodrom Wittstock" zu ködern. Ihre Lieblingsbehauptung: "Wir schaffen Arbeitsplätze" wirkt in einer strukturschwachen Gegend mit hoher Arbeitslosigkeit überzeugend. Stolze 90 Arbeitsplätze hat die Bundeswehr bis heute eingerichtet befristet auf 3 Monate. Tatsächlich vernichtet die Bundeswehr Arbeitsplätze, da sie die Möglichkeit einer friedlichen umwelt-verträglichen Nutzung der Heide Tourismus und Naherholung, Land- und Forstwirtschaft zerstört. Die Aussicht auf Bombenlärm und Truppenübungen blockiert touristische Unternehmungen und Investitionen in der Region bis hin nach Rheinsberg. (Dort wurden schon die Pläne für ein Hotel auf Eis gelegt). Das Märchen von den modernen, unauffälligen, leisen Bömbchen (womöglich noch mit Tannenduft versetzt), die auf einem so großen Platz gar nicht auffallen würden, glaubt den Public Relation Offizieren bereits keiner mehr – die ersten Tiefflieger donnern bereits über die Hausdächer, und es sollen zig täglich werden. Ebenso ins Reich der Dichtung gehört das Versprechen, durch die Bundeswehr würden ortsansässige Betriebe und Dienstleistungsunternehmen florieren. Für Reparaturwerkstätten von Panzerketten und Bordelle mag das stimmen, für die –etwas häufigeren– Ausflugslokale, Bauernhöfe usw. wird das Gegenteil gelten.

Aber schließlich ist eindeutig, daß es hier um "Sicherheit" geht. Trotz des Zusammenbruchs des Feindbildes Ostblock scheint es für die Bundeswehr immer noch notwendig zu sein, zielgenaues Bomben zu üben, denn "unter den neuen Sicherheitspolitischen Verhältnissen läßt sich Sicherheitspolitik weder inhaltlich noch geographisch eingrenzen".

Ist dies die konkrete Form einer "tatkräftigen deutschen Außenpolitik"? Soll in Wittstock nun auch für die "Aufrechterhaltung des Welthandels und für den ungehinderten Zugang (Deutschlands) zu Märkten und Rohstoffen" geübt werden? Diese Politik hat nichts mit nationaler Souveränität, dafür aber viel mit Militarismus und Ausbeutung zu tun. Da wir Frieden und Völkerverständigung der Bundeswehr und "out of area" Einsätzen vorziehen, rufen wir auf zu Aktionstagen in der hoffentlich bald wieder Freien Heide!

BIST DU NICHT WILLIG, ...

Seit es Pläne zur Nutzung des Areals durch die Bundeswehr gibt, wehren sich die Ortsansässigen. Sie organisierten sich als BI FREIe HEIDe, in der wir auch mitarbeiten. Weil die BW mit ihren Argumenten nicht überzeugte, setzt sie nun staatliche Gewalt ein. Die Bundesbehörden setzten sich über die Betroffenen und die ungeklärten Eigentums- und Nutzungsrechte hinweg. Das Bundesvermögensamt übertrug im Dez. '93 die Nutzungsrechte an die Bundeswehr. Anfang Januar donnerten die ersten Maschinen im Tiefflug über den Köpfen. Es werden Verbotsschilder aufgestellt und Schlagbäume errichtet.

BEFREIT DIE HEIDE!

Wir sollen vor vollendete Tatsachen gestellt, und unser Widerstand soll demoralisiert werden. Nicht mit uns, Rühe!

Die BI FREIe HEIDe hat zusammen mit örtlichen und Berliner Gruppen seit zwei Jahren einen tatkräftigen Widerstand entwickelt, und wird auch weiterhin mit Aktionen präsent sein. Die größten Demonstrationen fanden an Ostern '94 und '95 statt. 1994 gab es sogar ein Open Air Konzert unter dem Motto "Woodstock für Wittstock", daß mit 5000 TeilnehmerInnen die bestbesuchteste Ostermarschveranstaltung des Jahres wurde. Dazu fanden und finden fast jeden Monat Protestwanderungen von den umliegenden Dörfern zu den Grenzen des Schießplatzes statt. Mahnmale für die Opfer des Faschismus in den letzten Kriegstagen auf dem Platz wurden errichtet, und in zahllosen Öffentlichkeit schaffenden Aktionen auf den Protest aufmerksam gemacht, daß das Wort vom "Bombodrom" Wittstock mittlerweile ein feststehender Begriff ist. Mittlerweile besteht die begründete Aussicht darauf, daß die Bundeswehr vom Platz abstand nehmen wird, wenn die BürgerInnen der Umgebung weiterhin beweisen, daß sie sich die Gestaltung ihres Lebensraumes nicht von einer anonymen "Obrigkeit" aus der Hand nehmen lassen, sondern alles tun um eigene Konzepte von unten durchzusetzen.

Für den Sommer'95 plant die Berliner Ortsgruppe der Freien Heide ein antimilitaristisches Sommercamp auf einem Zeltplatz nah an den Grenzen des Platzes. Das Camp findet vom 21.-28.August auf dem Campingplatz des Dorfes Schweinrich satt und soll sowohl inhaltliche Arbeitsgruppen zu Antimilitarismus, BürgerInnenbewegungen und nicht-hierarchischen Gesellschaftsmodellen beinhalten, als auch praktische Aktionen zum Platz erarbeiten. Enden wird das Sommercamp mit einer Protestwanderung vom Dorf Schweinrich aus und einem Konzert der Gruppe Lebenslaute am Sonntag den 28.August ab 12Uhr. Die Gruppe wird gleichzeitig ein klingendes Denkmal auf dem Platz aufbauen.

Kontakte und Adressen:

FREIe HEIDe Gruppe Berlin
c/o Anarchistischer Laden
Rathenower Str. 22; 10559 Berlin
Tel.: 030 / 401 34 26
Fax.: 030 / 394 61 67



BürgerInneninitiative für eine FREIe HEIDe
Kontakt über: Helmut Schönberg
Tannenstr. 12; 16909 Schweinrich
Tel.: 033966 / 246

Auf zur Grenze – die Grenzen auf!

Antirassistische Fahrrad- und Aktionstour

Wir wollen uns diese Grenze genauer anschauen. Dabei wollen wir:

- die Öffentlichkeit mit dem Unrecht der Asyl- und Ausländergesetzte, der zunehmenden Illegalisierung von Flüchtlingen, der Abschiebepraxis der Bundesregierung, der Schließung der Grenze konfrontieren;
- durch verschiedene gewaltfreie Aktionen – bis hin zu zivilem Ungehorsam – gegen die ausführenden Organe (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, BGS, etc) protestieren;
- durch Aktionen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz direkte Solidarität mit Flüchtlingen üben;
- Informationen und Ortskenntnisse sammeln;
- den Opfer der Asylpolitik gedenken;
- Menschen vor Ort kennenlernen und Kontakte knüpfen für eine langfristige Arbeit am Thema.

15.-22. Juli 1995

Zittau - Frankfurt/Oder

Anmeldung

Damit wir planen, einkaufen, etc können, brauchen wir eure Anmeldung möglichst bald!

Wir organisieren die Übernachtung und Vollverpflegung und schicken euch vor der Tour ein Infoheft mit Route-Beschreibung, Hintergrundtexten und Anregungen für Aktionen. Dafür zahlt ihr nach Selbsteinschätzung zwischen 90,- und 110,-DM. Wir sind auf einen Durchschnitt von 100,-DM angewiesen: wer also darüberhinaus spenden kann, trägt dazu bei, daß andere mit weniger Geld auch teilnehmen können. Die Hinfahrt nach Zittau sowie die Rückfahrt von Frankfurt/Oder müsst ihr selber bezahlen.

Schreibt bitte mit folgenden Informationen an die erste unten angegebene Adresse (Postkarte genügt):

Name, Adresse, Telefonnummer, Alter, und ob ihr zu einem bestimmten Thema einen Workshop oder Musik oder sonst was anbieten wollt;

und überweist euren Teilnahmebeitrag an das Konto:
Graswurzelwerkstatt, 1551 77-507, Postbank Köln, BLZ 37010050.

Und zwar beides bitte bis zum 30. Juni!

Die Radtour wird von der bundesweiten **Arbeitsgruppe "Ziviler Ungehorsam gegen staatlichen Rassismus"** der FÖGA (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen - Graswurzelrevolution) vorbereitet:

"Wir kämpfen für eine Welt, in der Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechts, Alters, Aussehens, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung oder aus rassistischen Gründen diskriminiert und benachteiligt werden. Wir lehnen jede nationalstaatliche Grenzziehung ab und fordern das Recht für jeden Menschen, in Frieden dort zu leben, wo es ihm beliebt."

- **AGZUstRa, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 50733 Köln, Tel 0221 765842, Fax 765889, e-mail: Graswurzelwerk@oln.comlink.apc.org**
- **Umweltbibliothek, Sophienstr.9, 15230 Frankfurt/Oder**
- **Frauen-Antirassismus-Gruppe, c/o Baobab Infoladen Eine Welt, Winsstr.53, 10405 Berlin**

Route & Aktionen

Sa, 15.7. Anreise nach Zittau, letzte Vorbereitung und Auftaktveranstaltung

So, 16.7. Zittau - Görlitz

Mo, 17.7. Görlitz - Bad Muskau

Di, 18.7. Bad Muskau - Forst. Dort wird ein Mahnmal aufgestellt für die Flüchtlinge, die letztes Jahr beim Versuch, über die Neiße zu schwimmen, ums Leben gekommen sind, während Polizeibeamten auf beiden Seiten dies nicht verhinderten

Mi, 19.7. Forst - Guben auf der polnischen Seite der Grenze fahren. Abends gibt es die Möglichkeit, in Cottbus eine Veranstaltung zu machen

Do, 20.7. Guben - Eisenhüttenstadt. In der Stadt und an der ZASt finden Aktionen und Veranstaltungen statt. Dazu Ideen:
- BeamtInnen/Angestellte ansprechen, zum Nachdenken bringen. Appell, ihre Mitarbeit mit den Asylgesetzen zu verweigern
- Information/Öffentlichkeit schaffen in Eisenhüttenstadt
- Mit Flüchtlingen direkt etwas unternehmen, zB eine Umtauschaktion mit Einkaufgutscheinen.

Fr, 21.7. Eisenhüttenstadt - Frankfurt/Oder. Hier wird die Tour an einer BGS-Kaserne empfangen.

Sa, 22.7. in Frankfurt: Demo/Kundgebung zum Thema BGS/Grenze. Hierzu wird aus dem Raum Berlin/Brandenburg mobilisiert.

Wir radeln etwa 30-40 km pro Tag. Das heißt: wir haben genug Zeit, unterwegs viel zu unternehmen.

In allen Orten soll es Straßentheater, kleinere Aktionen und Informationsveranstaltungen, etc. geben. Vor Ort wird mit lokalen Gruppen besprochen, welche Aktionen sinnvoll und gewünscht sind. Wir wollen einige gut vorbereitete Aktionen durchführen, es wird aber auch viel Raum für Spontanes geben.

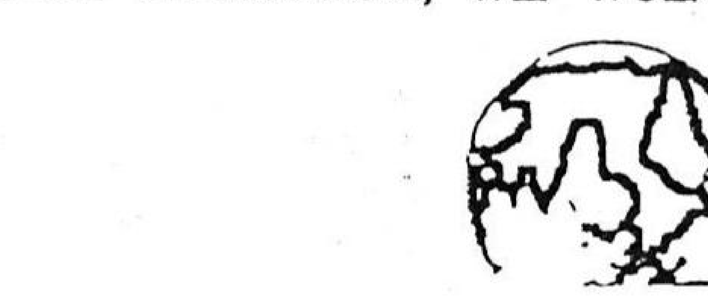
Wir übernachten in Turnhallen, Gemeindezentren, etc. (Schlafsack/Isomatte) und kochen und machen vor der Abreise zusammen alles sauber. Abends wird es neben den Veranstaltungen Zeit geben für einen Austausch unter den Radelnden über ihre antirassistische Arbeit zu Hause, sowie für Musik (selber machen!) und Spaß!

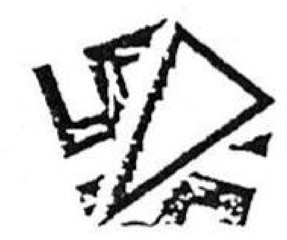
Stark, lustvoll, leidenschaftlich :

CSD-Lesbendemo 1995

gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Faschismus !!!

1969 gingen Lesben in New York zusammen mit Schwulen auf die Straße, um sich gegen die allgemeine Diskriminierung und massive Unterdrückung durch Razzien in Szenelokalen zu wehren.
1995 krankt die Lesbenbewegung in Deutschland an Entpolitisierung und Stellenstreichungen in lesbisch-feministischen Projekten. Frauenfreiräume und Szenetreffpunkte für Lesben lassen sich an einer Hand abzählen - am patriarchalen Konsens hat sich derweil nichts geändert. Lesben können sich nicht wie Schwule ein kommerzielles Ghetto einrichten, weil wir weder das Geld noch die Macht haben, uns unsere Freiräume zu erkaufen. Und all die unter uns, die von einer herrschaftsfreien Gesellschaft träumen und dafür kämpfen, wollen das auch gar nicht ! Wir wollen nicht im Ghetto überleben, wir wollen leben !!! Überall !!!





Wir wehren uns gegen den sexistischen und rassistischen Konsens in unseren Herkunftsfamilien, auf der Straße, bei der Ausländerbehörde, auf dem Sozialamt, vor Gericht, am Arbeitsplatz, auf der Wache und in den Knästen. Wir wehren uns gegen Mißbrauch und Vergewaltigung, gegen die HERRschende Asylpolitik und Abschiebung, gegen Fremdbestimmung über unsere Körper und unser Leben, gegen die faschistische Aufteilung in höheres und minderes Leben aufgrund von Hautfarbe, Alter, Herkunft, Fähigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung, Bildung und Klasse.
Lesben wehren sich überall und jeden Tag !
Zum CSD 1995 wehren wir uns gemeinsam :
Füreinander und für ein herrschaftsfreies Leben!

Macht Euch auf zur lautesten und schönsten Lesbendemo aller Zeiten !!!

24.Juni 1995

13 Uhr Oranienplatz

Abschluß am Kollwitzplatz

-V.i.S.d.P. Bettina für die AG Lesbendemo CSD 95-

Medien-Entwicklungen
So., den 25.6.95 19 Uhr

„Interaktives Fernsehen", „daten-highway" und „virtuelle Realität" sind die Stichworte, die in Zukunft die Gesellschaft bestimmen sollen. Umfassende Kontrolle und Manipulation von Nachrichten werden Teil dieser Entwicklung sein.
Auf der Veranstaltung wollen wir uns von einem kompetenten Menschen erzählen lassen, wieweit diese Konzepte international bereits umgesetzt sind, und welche gesellschaftlichen Folgen absehbar sind - aber auch, welche Möglichkeiten und Beispiele es gibt, sich dem entgegenzustellen.

Eisenbahnstraße 4, HH 3.Stock, SO 36

Medientreff

bei Umbruch & Autofocus

Liebe Leute

Frankfurt, den 2.6.95

Wir hatten seit April zuerst für den 20.5.95 und später für den 1.7.95 zu einer bundesweit mobilisierten Demonstration in Frankfurt aufgerufen. Die Demonstration sollte sich gegen die Beteiligung bundesdeutscher Konzerne und der deutschen Regierung am Krieg gegen die Bevölkerung Kurdistans richten.
Gleichzeitig sollte mit dieser Demonstration eine Diskussion über den deutschen Imperialismus, über Internationalismus und unsere Möglichkeiten internationaler Solidarität begonnen werden. Dazu war zum Abend vor der Demonstration eine Informations-und Diskussionsveranstaltung geplant. Uns war es wichtig aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen und eine starke Solidarität zu Kurdistan aufzubauen. Desweiteren war es uns wichtig eine starke Demonstration mit vielen Gruppen zu organisieren.

Die Mobilisierung zu einer Demonstration nehmen wir seit heute erstmal gänzlich zurück !!!

Wir haben uns nach vielen Diskussionen im Vorbereitungsplenum darauf geeinigt, daß von uns aus am 1.7.95 **keine** Demonstration stattfinden wird. Allerdings halten wir an den Zielen und Inhalten der Demonstration fest!
Wir stellen hiermit eine neue Situation und erhoffen uns eine stärkere lokale/regionale Beteiligung an den Diskussionen und Planungen von weiteren Projekten aus unseremVorbereitungskreis. Besonders die Gruppen, die sich inhaltlich oder thematisch verbunden fühlen, bitten wir zu überdenken, daß ihre Beteiligung an den Diskussionen sehr wertvoll ist und zu sehen, daß auch sie Unterstützung für ihre Arbeit bzw ein Forum bei uns finden können. Also nicht nur die Konfrontation mit weiteren Terminen und Aufgaben dabei zu sehen.
Im Mittelpunkt stehen fur uns jetzt folgende Diskussionen, die wir genauer vorbereiten wollen:
-Die Beteiligung des deutschen Imperialismus am Krieg in Kurdistan die Bedeutung der deutschen Innenpolitik und unserer Eingriffsmöglichkeiten
-Der Begriff von internationaler Solidarität und der Perspektiven unserer Kämpfe
-Unsere Fähigkeiten ausdrucksstarke organisierte Demonstrationen durchzuführen.
Wir wollen für weitere Projekte noch keine Zeitpunkte setzen, sondern nach diesem Einschnitt (Demobilisierung) in kleineren Schritten vorgehen.

Im folgenden werden wir jetzt die Rücknahme der Demonstration begründen: Wir waren davon ausgegangen, daß sich viele Gruppen auch in einem kurzen Zeitraum zu einer Demonstration gegen die deutsche Kriegsbeteiligung in Kurdistan mobilisieren lassen. Wir sind davon ausgegangen, daß es keiner größeren Diskussion bedarf sich zu diesem Thema ins Verhältnis zu setzen und auch Verantwortung für die Demo direkt zu übernehmen. Wir sind von Gruppen außerhalb des Vorbereitungsplenums für diese Rangehensweise sehr scharf kritisiert worden und sehen nun auch selbst, daß wir die Kräfte falsch eingeschätzt hatten und an den Erfahrungen der letzten zwei Jahre vorbei überlegt hatten.Die Kritik hat sich nicht auf den Inhalt und die Zielrichtung dieser Demonstration gerichtet, sondern nur gegen die Vorgehensweise. Das Ziel der Demo und die Überlegungen dabei wurden als gut uns wichtig erachtet. Die Gruppen befanden sich in dem Zwiespalt zwischen der Befürwortung einer dringend notwendigen Aktion und der Ablehnung von kurzfristig und überstürzt organisierten Dmonstrationen. So haben sich viele zwar nicht gegen die Teilnahme an der Demonstration entschieden, aber gegen die Übernahme von Verantwortung.
Im letzten Jahr sind einige Aktivitäten hier in der Region zu Kurdistan gelaufen Diese Initiativen sind aber kaum gemeinsam reflektiert worden, sondern es blieb immer nur der Frust über Minidemos oder das Übergehen von Kritik aneinander übrig, sofern sie ausgeprochen wurde. (Ganz außer Rede stehen hierbei die vielen Demonstrationen und Veranstaltungen der KurdInnen.) Eines der Ziele des Vorbereitungsplenums ist es auch, diese einzelnen Initiativen und Aktivitäten mehr in Verbindung zueinander zu bringen. Wir haben festgestellt, daß das Festhalten an einer Demo im Juli unter den derzeitigen Bedingungen diesem Ziel entgegensteht. Wir wollen die Ansätze, die es gab und gibt dort verbinden, wo es möglich ist. Dafür müssen wir uns jetzt die geeigneten Strukturen schaffen wie weitere Diskussionstreffen und Arbeitsstrukturen. Wir sehen es auch als notwendig an, uns sobald es uns möglich ist uns mit bundesweiten Strukturen zu verbinden. Bisher stehen wir dabei erst relativ am Anfang.
So,jetzt hoffen wir auf interessante und intensive Diskussionen und auf stärkere lokale/regionale Beteiligung. Wir treffen uns jeden Mittwochabend um 20.00 Uhr im Cafe Exzess, Leipzigerstraße 91, Frankfurt/Bockenheim.
Sehr gut wäre es, wenn wir von euch aus den bisher mobilisierten Städten auch Kritiken, Rückmeldungen o.ä. erhalten würden, indem ihr uns schreibt oder Mitwwochabends anruft unter der Nummer 069/~~704677~~.
Postadresse: „Demovorbereitungs"plenum, c/o Exzess, Leipzigerstraße 91, 60487 Ffm 774670

Viele liebe Grüße vom Vorbereitungsplenum

Nachschlag zum 3. 10. 94 in Bremen

Solidarisiert Euch mit den kriminalisierten GegnerInnen der deutschen Einheit!

Hallo!

Bisher ist uns noch kein erster Prozeßtermin bekannt, jedoch jede Menge neue Informationen, die für Euch wichtig sind.
Neben dem EA gibt es jetzt eine sogenannte "Prozeßgruppe 2/3.10", wo wir versuchen einiges zu koordinieren. Geplant ist eine "Kampagne" parallel zu dem ersten öffentlich-wirksamen Prozeß loszutreten. Gemeint ist damit, daß sobald ein Prozeß stattfindet bei dem die Strategie z.B. daraus besteht dieses Demoverbot an sich anzugreifen oder überhaupt diesen Prozeß politisch anzugehen. Das ist bestimmt nicht jedermenschs Sache.
Es ist klar, daß wir als EA auf JEDEN FALL JEDEN PROZEß zum 2/3.10. unterstützen (Mobilisierung, Vermittlung von RechtsanwältInnen, Infos, etc.). Deshalb ist es wichtig, daß ihr uns Bescheid sagt, sobald ihr einen Prozeßtermin in Bremen habt und am besten so frühzeitig wie möglich, um Zeit zu haben zu mobilisieren.
Die "Kampagne" soll darin bestehen nochmal an eine breitere Öffentlichkeit zu gehen: vorab einen Artikel um die Geschenisse in Erinnerung zu rufen, Pressekonferenz am ersten Prozeßtermin, Mobilisierung.

Also: meldet euch auf jeden Fall sobald eure Prozeßtermin bekannt ist !!!
Und wenn ihr sonst noch Neuigkeiten habt, freuen wir uns auch !

Wir melden uns bald wieder mit einer Nachricht über den neusten Stand der Dinge ist.

Bis bald !
EA Bremen.

Zur Arbeit der Prozeßgruppe bezüglich 3.-Oktober-Verfahren:
Wir werden die Koordination derer fortsetzen, die sich juristisch, politisch und öffentlich wehren wollen: Gegen Polizei- und Justizterror am 3. 10. in Bremen sowie insbesonders gegen die über 350 verhängten Bußgeldbescheide wegen "Teilnahme an einer verbotenen Demonstration". Durch gegenseitige Unterstützung und vor allem durch die *nach wie vor allen Betroffenen angebotene Unterstützung* durch die Prozeßgruppe und deren AnwältInnen können wir den persönlichen und finanziellen Streß dabei gering halten. Auch wenn Ihr bereits einE AnwältIn engagiert habt oder auf andere Weise für Euch oder andere aktiv geworden seit: Bitte setzt Euch mit uns in Verbindung!

Prozeßgruppe 3. 10.

Achtung!

*Das nächste **Koordinationstreffen** der Betroffenen und Interessierten vom 3. 10. 94 findet statt am **21. 6. 95 um 20 Uhr** im Sielwallhaus statt*
*Weiterhin ist der Ermittlungsausschuß Bremen jeden Mittwoch zwischen 17 und 19 Uhr für dringende Fragen telefonisch unter **0421/75682** im Infoladen Umschlagplatz zu erreichen.*

Prozeßgruppe 3.10. c/o EA Bremen, St. Paulistr. 10/12, 28203 Bremen

TRANSRAPID

REVOLUTIONÄRE ZELLEN - TENDENZ FÜR DIE INTERNATIONALE SOZIALE REVOLUTION
hier: Abteilung Unternehmensberatung, betreff Magnetschwebebahn

An das Unternehmenskonsortium: Bundesrepublik Deutschland, AEG, Hochtief AG, Deutsche Bahn AG, Dyckerhoff & Widmann Bau GmbH, Philipp Holzmann AG, Siemens AG, Thyssen Industrie AG, Deutsche Bank AG

Es sieht so aus, als würde wahr werden, was Sie schon die ganze Zeit befürchtet haben: das Projekt Transrapid wird mehr und mehr ans öffentliche Licht gezerrt, der Protest wird breiter und entschlossener und hat seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden in einen Bombenanschlag auf die Trasse der Teststrecke im Emsland in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 95.
Unsere Prognose für Sie lautet unter diesen Umständen:
Nach sorgfältiger Durchrechnung, nach Berücksichtigung aller politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren können wir Ihnen nur dringend von der Durchführung Ihrer größenwahnsinnigen Pläne (z.b. Bau einer Trasse Hamburg-Berlin) abraten. Spätestens nach den jüngsten Ereignissen sehen wir jede Menge Probleme auf Sie zukommen: wie wollen Sie denn z.B. verhindern, daß die äußerst sensible Baustelle, die ab Baubeginn besteht, auch weiter von effektvollen Attacken heimgesucht werden? Wie wollen Sie der mobilisierten Öffentlichkeit die durch etwaige Überwachungsmaßnahmen in noch gigantischere Höhen steigende Kosten für dieses großartig nutzlose Bauwerk erklären? Stellen Sie sich bloß vor: das Projekt, das für die beteiligten Firmen natürlich äußerst profitabel ist - leider für den Rest der Bevölkerung aber ziemlich überflüssig - gerät noch mehr in die Kritik! Wie wollen Sie den drängenden vernünftigen Stimmen begegnen, die mit den 13 Milliarden DM lieber die drängenden sozialen Probleme aus der Welt schaffen wollen? Tatsächlich, je genauer mensch hinhört, je mehr sieht mensch, wieviel Sinnvolles zu tun wäre, wenn Geld zur Verfügung stünde. An solchen Projekten wie der Transrapid könnte die Öffentlichkeit empfindlich darauf aufmerksam gemacht werden, wieviel Geld tatsächlich vorhanden ist, nur eben nicht sinnvoll verfügbar. Es besteht die Gefahr, daß jenen revolutionären Zeitgenossinnen wieder mehr Gehör geschenkt wird, die von der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umwälzung der Gesellschaft sPrechen.
Geben Sie lieber auf! mit den besten Empfehlungen!

Die Revolutionären Zellen selber sagen:

Wir haben die magnetschwebebahn-Trasse angegriffen und sehen dieses Projekt als ein Ausdruck einer von allen guten Geistern, von aller moralischen und sozialen Verantwortung verlassener Politik.
Wir wollen das hier nicht mehr im einzelnen erklären - es wissen alle bescheid. Die verantwortlichen Männer wissen, was sie tun.
Und auch die kritischen Mens chen wissen bescheid, die im Moment noch keine Möglichkeit sehen, sich gegen die bestehenden Verhältnisse zu wehren - mit der Faust in d er Tasch e.
Wir sind zw ar nicht so vermessen zu denken, daß wir mit dieser einzelnen Aktion das Kräfteverhältnis wesentlich zu unseren Gunsten verändern können. Das kann nur massenhafter Protest, der dann zu gesellschaftlichem Druck wird. Aber jeder Nadelstich ist wichtig für den Kampf für unsere Ziele.
Die Vorstellung von einer anderen, revolutionär-antipatriarchalen Gesellschaft auf der Basis von Solidarität lebt in vielen Herzen!
Grüße an den Widerstand in und um Gorleben!

Die antisemitischen Früchte des Zorns

*„**Den Legalismus im deutschen Volk und in der Linken auflösen**. Die Deutschen sind ein entsetzlich gesetzestreues Volk. Schon kleine Übertritte fallen schwer.“*[1]

„Es gibt in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten keine Sekunde von Stillstand. Jede Lebensäußerung ist von diesem Krieg geprägt: sie hat entweder den Charakter des Hinnehmens oder den Charakter des Aufbegehrens, dazwischen gibt es nichts.“[2]

„Gerade wegen der Verbrechen des Faschismus am jüdischen Volk haben wir Aktionen gegen den Zionismus, seine staatlichen Institutionen, seine Firmen und Gesellschaften in der BRD durchgeführt; denn die Zionisten betreiben heute mit amerikanischer und deutscher Unterstützung Völkermord an den Palästinensern, dessen Opfer die Juden vor 40 Jahren geworden sind.“[3]

Mitglieder einer Revolutionären Zelle haben im Dezember 1991 den Versuch unternommen, eine Diskussion über Antisemitismus in der sich als militant verstehenden Linken zu beginnen. Die AutorInnen des Artikels „Gerd Albartus ist tot“ nehmen Stellung zur Entführung einer Air-France-Maschine nach Entebbe im Juni 1976. An Bord der Maschine befanden sich etwa 100 israelische StaatsbürgerInnen. Alle Geiseln außer den israelischen und französischen Staatsangehörigen wurden von den EntführerInnen als „Unbeteiligte“ freigelassen. Die AutorInnen des Albartus-Artikels erkannten in der Auswahl der Opfer die Merkmale völkischer Selektion und forderten daher eine ausführliche Diskussion über Antisemitismus und Antizionismus ein. Selbstkritisch merkten sie an, daß die Auseinandersetzung mit dem antizionistischen Antisemitismus die Grundfesten der eigenen Politik in Frage stellte.

Die von den AutorInnen des Albartus-Artikels angedachte Debatte über Antisemitismus hat in der militanten Linken bis heute nicht stattgefunden. Eine solche Auseinandersetzung, so läßt sich daher mutmaßen, wird schlicht als nicht notwendig empfunden. Antisemitismus wurde in den Veröffentlichungen der militanten Linken bisher vor allem als ein Phänomen betrachtet, das im Zusammenhang mit kapitalistischer Herrschaftspolitik steht. Ein entschiedener Widerstand gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus wurde von daher auch automatisch als ein Widerstand gegen den Antisemitismus begriffen. Der Kampf gegen den „Zionismus“ galt auf der Grundlage dieser Logik nicht als Antisemitismus. Die Aktionen von militanten SozialrevolutionärInnen und AntiimperialistInnen gegen Israel wurden von Ihnen in der Regel nicht als anti-jüdisch begriffen, sondern als Eintreten für die völkische Selbstbestimmung von palästinensischen Menschen in ihrem „angestammten“ Siedlungsraum.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang die folgenden Worte zu lesen, die eine RZ als Rechtfertigung für den Anschlag auf die israelische Importgesellschaft Agrexco in Frankfurt im Juni 1978 veröffentlicht hat:

„... Es gibt andere israelische Institutionen, deren Rolle bei dem Vertreibungs- und Ausrottungsfeldzug gegen die Palästinenser sicherlich noch unmittelbarer und eindeutiger ist [als bei der Importgesellschaft Agrexco]. Zionistische Zentralen etwa wie die jewish agency, die von hier aus die israelische Siedlungspolitik strategisch plant und vorbereitet oder der jüdische Nationalfond, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, über ein engmaschiges Netz von Spenden und Stiftungen, in das sämtliche Juden integriert sind, jedes Jahr Millionenbeträge nach Israel zu transferieren, und damit die Errichtung von zionistischen Wehrdörfern und -siedlungen zu finanzieren. Diese Institutionen haben es sich zum Prinzip gemacht, in ihrer unmittelbaren Umgebung kulturelle und soziale jüdische Einrichtungen anzusiedeln (Altenfürsorge, Kinderkrippen etc.) – oder einfach in ein normales Wohnhaus voller Familien zu ziehen, mit der Absicht, daß bei Anschlägen auf ihre Agenturen möglichst viele Menschen getroffen und verletzt werden, um diese dann nach uralter und bewährter zionistischer Strategie als »antisemitische Ausfälle« denunzieren zu können. Diese Art der Verschanzung, die ganz systematisch unbeteiligte Menschen als lebendiges Schutzschild mißbraucht, die zumeist gar nicht wissen, wer sich da mitten zwischen sie gesetzt hat, ist eine der niederträchtigsten und menschenverachtendsten »Spezialitäten« des Zionismus. Daß heiß nicht, daß wir Anschläge auf zionistische Institutionen dieser Art für falsch halten, das heißt lediglich, daß wir uns über eins klar sein müssen: der israelische Staat und seine Vertretungen hier in der BRD arbeiten mit allen Mitteln (Wenn's sein muß auch mit Toten) und ihnen ist kein Preis zu hoch, um den Leuten ihre Propagandaparolen einzuhämmern: daß nämlich der antizionistische Kampf nur ein weiteres blutiges Glied in der Kette der Judenverfolgung sei. Und angesichts des gigantischen Propagandaapparates, der Israel hier zur Verfügung steht, genügt es nicht zu sagen, daß gerade der israelische Staat es ist, der die Politik der Vertreibung, Verfolgung und Ausrottung eines ganzen Volkes fortführt und weiterpraktiziert, diesmal gegenüber den Palästinensern und der Enteignung ihres Bodens, was seine Entsprechung hatte in der Blut- und Boden-Politik der Nazis, bis hin zu den sprachlichen Details, wenn das den Palästinensern entrissene Land als »heiliger Boden, Boden unser oder biblischer Boden« bezeichnet wird. Der Kampf gegen den Zionismus ist der entschiedenste Kampf gegen jeglichen Antisemitismus. Denn genauso wie er die faschistischen Verbrechen bekämpft, bekämpft er die Verbrechen des israelischen Staates an den Palästinensern, die selbst Semiten sind.“[4]

Der Charakter des Antizionismus, als eine aktualisierte Version des Antisemitismus, wird in der Linken nicht nur verkannt. Vielmehr haben viele radikale Linke in der BRD, allen voran militant kämpfenden GenossInnen, dazu beigetragen, daß der antizionistische Antisemitismus in den 70er Jahren programmatischen Charakter erlangte. Insbesondere die Revolutionären Zellen sind für zahlreiche Aktionen gegen jüdische Menschen und Einrichtungen verantwortlich. Ein kleiner Rückblick soll im folgenden deutlich machen, welche Dimension der Antisemitismus innerhalb der militanten Linken in den 70er Jahren eingenommen hatte.

Während der Olympischen Spiele 1972 in München wurden israelische SporterInnen durch ein palästinensisches Kommando entführt und ermordet. RZ und RAF begrüßten die Entführung und Erschießung der Geiseln unisono als „gelungene Aktion“. Die Aktion habe wie keine andere revolutionäre Aktion, so hieß es in einem Papier der RAF, „das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes“ erkennbar gemacht. Die Entführung und Ermordung der israelischen Sportler bezeichneten sie als „gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch.“[5]

Von den RZ wurden unter anderem folgende antisemitische Aktionen geplant und durchgeführt:

- September 1974: Anschlag auf die Maschinenfabrik Korf, die, wie es hieß, zu *„3/4 im Besitz der Zionisten“*[6] sei.
- September 1974: Anschlag auf die israelische Fluggesellschaft EL-AL.
- Juni 1976: Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse, beides Mitglieder einer RZ, entführten gemeinsam mit einer palästinensischen Gruppe eine Air-France-Maschine. Ziel der Flugzeugentführung war es, politische Gefangene zu befreien. Das Kommando leitete das in Israel gestartete Flugzeug nach Entebbe um. Die Maschine wurde dort am 4.Juli von israelischen Militärs gestürmt. Alle Mitglieder des Kommandos wurden dabei erschossen.
- Juni 1977: der RZ-Aussteiger Hans-Joachim Klein gab in einem Brief (den er aus dem Untergrund heraus an die Redaktion des „Spiegels“ sandte) unter anderem an, daß eine RZ die Ermordung der Leiter der Jüdischen Gemeinden in Berlin (Heinz Galinski) und Frankfurt geplant hat.[7] Von Seiten der RZ wurden die geplanten Anschläge nicht dementiert, statt dessen heißt es in einem Antwortschreiben einer RZ an die Adresse der Linken: *„... ihr fahrt auf HJKs Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist, als nur »jüdischer Gemeindevorsitzender«, und: was man in einem Land wie dem unseren dagegen machen kann. Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner.“*[8]
- Juni 1978: Anschlag auf die israelische Importgesellschaft Agrexco in Frankfurt
- Juni 1979: Anschlag auf die Import-Export-Firma HAMEICO in Frankfurt

„Es gibt zwei Arten von Gewalt, es gibt zwei Arten von Toten. Die eine Seite der Gewalt ist die Gewalt der Herrschenden, zur Sicherung ihrer Herrschaft, zur Unterdrückung der Massen der Ausgebeuteten und Beleidigten, auf der anderen Seite gibt es den Widerstand kleiner Teile des Volkes, den Widerstand auf verschiedenen Ebenen und in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen mit allen erdenkbaren Mitteln.“[9]

Im „Revolutionären Zorn Nr.1“, dem Zeitungsprojekt der RZ, wurden „antizionistische“ Aktionen explizit als ein Hauptpfeiler ihrer Politik benannt.[10] Schon allein diese Gewichtung spricht dagegen, daß es sich bei der Flugzeugentführung von Entebbe und den anderen antisemitischen Aktionen um isolierte Fehler gehandelt hatte, die ansonsten im Widerspruch zu den formulierten Grundsätzen der Revolutionären Zellen standen. Diesen Eindruck vermittelten die AutorInnen des Artikels „Gerd Albartus ist tot“, indem sie schrieben: „Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren.“[11]

Die AutorInnen des Albartus-Artikels sahen die Ursache für die antisemitische Ausrichtung der Entebbe-Flugzeugentführung vor allem darin, daß innerhalb der RZ nicht an dem anknüpft wurde, *„wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande“*[12]. Die AutorInnen bemängelten daher, daß die Aktionen der RZ viel zu stark an einem abstrakten Internationalismus orientiert gewesen seien. Dabei sei der Bezug zum *„hiesigen sozialen Kontext“* [13] verloren gegangen.

Die Aufteilung der RZ in eine gute sozialrevolutionäre und eine schlechte antiimperialistische Tradition, wie sie die AutorInnen des Albartus-Artikels vornehmen, entspricht schlichtem Wunschdenken. Antizionismus spielte gerade in der Entstehungsgeschichte der RZ eine zentrale Rolle und er läßt sich daher nicht von den sozialrevolutionären Strategien der Gründungszeit der RZ abtrennen. Gerade die vorbehaltlose und pathetische Solidarität gegenüber dem „Volk“ und den „Massen“, die sich die RZ aufs Banner geschrieben hatte, und ihr beharrliches Festhalten am völkischen Selbstbestimmungsrecht haben, gepaart mit einer kaum zu überbietenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Juden und Jüdinnen, zu einem aggressiven Antisemitismus geführt.
Im Revolutionären Zorn Nr.2 steht zur Strategie der RZ folgendes zu lesen: *„Die Aufgabe der revolutionären Linken ist es ... nicht, die Kämpfe des Volkes kommentierend zu begleiten, sondern zu zeigen, wie sie möglich sind, wie sie verteidigt werden können. Die Stadtguerilla unterstützt die Kämpfe des Volkes durch die Angriffe gegen seine Feinde, ... Die Stadtguerilla trägt die Momente des Antiimperialismus in die nationalen Auseinandersetzungen.“*[14]

Ein Freund-Feind-Schema, das auf der einen Seite eine kleine internationale Clique von Herrschenden und auf der anderen Seite pauschal die unterdrückten Völker kennt, liegt diesem Konzept von politischem Kampf zugrunde. Dieses Schema, das für viele Texte der RZ aus den 70er Jahren typisch ist, baut vor allem auf der Ansicht auf, die kapitalistische Vergesellschaftung sei ein Herrschaftsverhältnis,



das erst durch die willentlichen Entscheidung von einzelnen Kapitalisten vorangetrieben werde. Das Benennen von Schuldigen der real stattfindenden kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesse nimmt deshalb in den Erklärungen der RZ einen großen Raum ein. Sie werden als die Verschwörer betrachtet, gegen die sich der Zorn des Volkes richten müsse.

„Bewaffnete Angriffe und Vergeltungsmaßnahmen gegen einzelne Funktionsträger des Gewaltapparates und dessen Institutionen, Gebäude usw. haben mehr als symbolischen Wert. Das Kapitalverhältnis ist ein konkretes Verhältnis zwischen Personen.“[15]

„Die Revolte, die Auflehnung – das ist Leben. Der Kampf gegen die Maschinisierung des Menschen ist Leben. Den Unterdrücker zu ermorden, ist Leben.“[16]

Doch wenn in den Veröffentlichungen der RZ die Rolle des Staates Israel und dessen jüdischer BewohnerInnen bewertet wurde, spätestens dann hatte die Solidarität der RZ ihre Grenzen. Die israelischen Juden und Jüdinnen wurden nicht als „Volk“ anerkannt, sondern sie zählten zu den Beteiligten am *„Ausrottungsfeldzug der Zionisten in Palästina“*[17], die auf der anderen Seite der Barrikade stünden.

Auf der Grundlage dieser Logik hat eine RZ in einem im Mai 1992 erschienen Text („Tendenz für die internationale soziale Revolution“) die Auswahl der Geiseln bei der Entebbe-Aktion verteidigt.[18]

„Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden“[19] heißt es in einem selbstkritisch gemeinten Aufsatz einer Revolutionären Zelle, die sich ebenfalls im Mai 1992 zu Wort gemeldet hat. Obwohl es die Absicht der AutorInnen war, den linken Antisemitismus zu kritisieren, wiederholen sie eine wichtige These, auf die der moderne Antisemitismus aufbaut. Anstatt die Geschichte Israels als Resultat einer langen Reihe von Vertreibungs- und Vernichtungsmaßnahmen zu betrachten, an deren Spitze die Ermordung von 4,5 Millionen jüdischen Menschen stand, werfen sie den BewohnerInnen Israels vor, einem „Befreiungsnationalismus“ aufgesessen zu sein. Die höhnische Verwendung des Begriffs „Befreiungsnationalismus“ verdreht Ursache und Folge der Bildung und Verteidigung des israelischen Staates. Anstatt den Befreiungsnationalismus der palästinensischen Organisationen, der SozialrevolutionärInnen bzw. AntiimperialistInnen und nicht zuletzt den der RZ selbst zu kritisieren, projizieren ihn die AutorInnen lieber auf ihr Gegenüber.

Vielfach wird der Antisemitismus auf unterschwellig vorhandene Vorurteile gegenüber Juden und Jüdinnen zurückgeführt. Aber genausowenig wie Sexismus und Rassismus das Produkt von Vorurteilen sind, sondern von konsequent geführter Interessenpolitik, ist der Antisemitismus das Resultat der Mär vom „ewigen Juden“. Es bedarf nicht erst eines Göbbels und eines Hugenbergs um ein Volk zum *„Widerstand gegen seine Feinde“* zu bewegen. Bereits ein bestimmtes Verständnis von Politik; eine bestimmte Vorstellung von Antikapitalismus und Antiimperialismus führt zu antisemitischer Praxis, auch wenn sich die TrägerInnen dieser Politik selbst nicht als antisemitisch betrachten. Was sich wie bei der frühen RZ gerne als juden- und jüdinnenfreundlich ausgeben mochte, ist antikapitalistisch gemeinte Verschwörungstheorie par excellence. Die antisemitische Ausrichtung ihrer verschwörungstheoretischen Ergüsse ist kein Zufall, sondern die konsequente Verlängerung eines Antikapitalismus, der sich als Sachwalter der Interessen der „kleinen Leute“ verstand und bei den „Feinden des Volkes“ endete. Den „Feinden des Volkes“ sollte auf ewig das „völkische Heil“ verwehrt bleiben, das sich die Rächer unterdrückter Volkheit auf den Schlachtplätzen ihrer Kämpfe so sehnlichst herbeiwünschten. Während die NationalsozialistInnen die „jüdische Frage“ in Europa auf bekannte Weise gelöst haben, blieb es der deutschen Nachkriegsgeneration überlassen, die „jüdische Frage“ nicht in Europa, sondern im Nahen Osten zu lösen.

Eine politische Praxis, wie die der frühen RZ, die von einem zentralen Interessenskonflikt zwischen der „Bevölkerung“ und den „Herrschenden“ ausgeht und vorbehaltlos die Interessen des „Volkes“ durchsetzen möchte, trägt in sich die Keime des Antisemitismus. Nicht zuletzt auf der Grundlage dieser Erkenntnis muß es der radikalen Linken heute darum gehen, die völkischen Argumentationslinien in der eigenen politischen Praxis ohne falsche Tabus zu thematisieren. Wichtig ist es dabei, zu erkennen, daß das rechte Rollback in der BRD nicht die Folge einer Verschwörung von Faschisten und Herrschenden gegen ein rebellierendes „Volk“ ist – die Folge von präventiver Aufstandsbekämpfung, wie es so schön heißt – sondern der Ausdruck einer wiederauflebenden Tradition völkischer Sozial- und Interessenpolitik, die auch von Linken immer wieder gerne bedient wird. Das *„Europa freier Völker“*[20] ist nicht erst als die Erfindung der neuen Rechten in den linken Diskurs eingetreten, das *„Europa freier Völker“* wurde bereits in einem 1978 erschienen Schreiben der RZ zum Ziel revolutionärer Politik erklärt.

Auch heute findet sich in vielen Texten der Linken ein äußerst undifferenzierter Bezug auf die sog. „Bevölkerung“ wieder. Im Begriff der Bevölkerung, deren nationale und völkische Verfaßtheit regelmäßig ignoriert wird, werden die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu einer homogenisierten Masse von Beherrschten vereint, die „denen da oben“ gegenübergestellt wird. Die „kleinen Leute“ werden höchstens als Opfer der herrschenden Politik begriffen, nie aber als Interessengruppen, die dazu fähig sind, sich zu formieren, um den Geschichtsverlauf im eigenen Kalkül zu bestimmen. Statt dessen wird der fehlende Widerstandsgeist der „Bevölkerung“ beschworen und in unzähligen Aktionen der Versuch unternommen, die „Bevölkerung“ dazu zu bringen „sich zu organisieren“ und „sich zur Wehr zu setzen“.

„Die Isolierung der Guerilla, in die sie sich mit der Form ihrer Organisation begibt, ist nicht hauptsächlich durch »gewaltige Schläge« zu überwinden, sondern durch die Zustimmung zu ihrer Politik, durch die politische Weiterentwicklung der Vielen, durch eine Vermassung ihrer Organisations- und Aktionsformen, durch die Entstehung vieler selbständiger politisch-militärischer Kerne, kurz: durch eine revolutionäre – und das heißt auch militante – Bewegung des Volkes.“[21]

Das unterschiedslose Gleichmachen aller „Beherrschten", die angeblich ihre sozialen Interessen nicht konsequent und militant genug vertreten, und die Ignoranz gegenüber denjenigen, die eben nicht im Begriff der „Bevölkerung" aufgehen, gipfelt auch heute noch in einer Politik, die die Militarisierung der politischen Auseinandersetzung als Gradmesser für die Radikalität von sozialen Bewegungen begreift. Zerbrochene Schaufensterscheiben, brennende Molotowcocktails, schwarze Uniformierung und der Barrikadenkampf haben indessen schlagartig mit den Randalen und Pogromen von Hoyerswerda, Mannheim und Rostock ihr vermeintlich linkes Monopol verloren. Die Massenmilitanz auf der Straße, das heroische Bild vom kämpfenden und sich zur Wehr setzenden Straßenkämpfer, die Ästhetik des Widerstands zeigen sich seitdem wieder als das, was in diesen Formen der politischen Auseinandersetzung immer schon latent enthalten war.

Doch, um nicht falsch verstanden zu werden, es ist nicht der entschiedene Kampf gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung selbst, der völkische und schließlich antisemitische Früchte hervortreibt. Der Zorn gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist berechtigt; doch der abstrakte Mechanismus kapitalistischer Vergesellschaftung läßt sich nicht beseitigen, indem gebetsmühlenartig der Widerstandsgeist der „Bevölkerung" beschworen wird. Deswegen kann es nicht das Ziel der deutschen Nachkriegslinken sein, die politische Auseinandersetzung um jeden Preis zu militarisieren.

In der radikalen Linken hat in den letzten Jahren ein Diskussionsprozeß begonnen, der dieses allzu einfache politische Weltbild ins Wanken gebracht hat. Frauengruppen haben das Selbstverständnis des linken männlichen Kämpfers, der sich außerhalb des Herrschaftszusammenhangs wähnte, energisch angegriffen. MigrantInnengruppen haben deutlich gemacht, daß auch der Antifaschismus der Linken von rassistischen Vorstellungen durchzogen ist. Ein Ernüchterungsprozeß setzte ein, der die eigene Verwickeltheit in die globalen Macht- und Herrschaftszusammenhänge zum Thema gemacht hat.

Dieser Diskussionsprozeß ist auch an der militanten Linken nicht spurlos vorbeigegangen. Ihr Verhältnis zu bewaffneten Aktionen hat sich daher in den 80er und 90er Jahren verändert. Eine Militarisierung der politischen Auseinandersetzung wird heute von RAF und RZ nicht mehr als Selbstzweck betrachtet. Innerhalb der RZ hat ein Umdenken auch in Bezug auf ihre sozialrevolutionäre Ausrichtung stattgefunden. Seit den auslaufenden 80er Jahren begreift sich die RZ nicht mehr in erster Linie als Sachwalter der „Bevölkerung" und des „Volkes", sondern bezieht sich vielmehr auf die „Armutsbevölkerung" weltweit. Insbesondere die neueren Migrationsbewegungen und die rassistische Verfaßtheit der Weltordnung wurden für die RZ zum Ausgangspunkt für zahlreiche Aktionen. Mit ihren Positionen zur Flüchtlingspolitik in den Metropolenstaaten haben die RZ die Debatte um einen praktischen Antirassismus in der Linken maßgeblich beeinflußt.

Dennoch trifft auch auf die RZ die Kritik zu, die die Autonome Lupus-Gruppe in ihrem Buch »Geschichte, Rassismus und das Boot« formuliert hat. Dort kritisierte die Lupus-Gruppe, diejenigen Linken, die die globalen Machtzusammenhänge höchstens als dazuaddierte Legitimation für ihren eigenen, aber andersgerichteten Widerstand registrierten.[22] Auch innerhalb der RZ war es gang und gäbe, die Abschottung Westeuropas gegenüber MigrantInnen als Folge einer *„wohlinszenierten Staatskampagne"*[23] oder als *„genau kalkulierte völkische Mobilisierung"*[24] der Herrschenden zu interpretieren und dabei den politischen und zuweilen auch militanten Druck der vielfältigen Interessengruppen innerhalb der Bevölkerung gegen die „Ausländer" zu ignorieren. Vielmehr wurde der Rassismus gegen die MigrantInnen als Ausdruck einer zusätzlichen Lohndrückerei der Herrschenden gegenüber den BewohnerInnen der Metropolenstaaten verstanden. Daß die Abschottung Westeuropas den sozialen Interessen von nahezu allen Menschen mit westeuropäischem Paß entspricht, wurde in dieser Sichtweise geflissentlich übersehen.

„Die rassistisch vermittelte Klassenspaltung und der Sexismus sind die einzigen ideologischen Kampfmittel der Herrschenden zur Ablenkung von den sozialen Folgen der kapitalistischen Umstrukturierung, dem Angriff auf den Soziallohn, der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse, den miesen Jobs zu Niedriglohnbedingungen, dem Arbeitszwang für Sozi-Empfänger, die Aussonderung der Alten und Kranken."[25]

Der wiederauflebende Prozeß der völkischen Formierung vollzog sich in den meisten Staaten Westeuropas an den bisher herrschenden Parteien vorbei. Vor allem in Italien, Belgien und Frankreich ist der Rechtsruck die Folge einer Bewegung, die in größeren Teilen der Bevölkerung verankert ist und die die Vormachtstellung der alten Eliten allmählich in Frage gestellt hat. Daß der politische Druck der nationalen Bewegungen nicht unbedingt den Interessen der kapitalstarken Unternehmen entspricht, zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel Italien.

Den nationalen Standort gegenüber internationaler Konkurrenz und kulturellen Einflüssen abzusichern, liegt im Interesse der meisten BewohnerInnen der Metropolenstaaten; es ist ein Interesse gegen die permanente Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, sich sowohl wirtschaftlich als auch kulturell zu globalisieren. Die kapitalistische Vergesellschaftung verläuft weltweit äußerst ungleichzeitig. Den Haß auf die fortgeschritteneren Teile der kapitalistischen Entwicklung zu lenken, um die ursprünglicheren zu retten, mag sich daher als Strategie des politischen Kampfes anbieten. Daß ein solches Zurück aber letztendlich ein Zurück zu den Vollstreckern antimoderner Herrschaft ist, deren Mission sich darin erschöpft, die Modernisierung mit feudaleren Mitteln fortzuführen, haben die vielfältigen Beispiele der Geschichte bereits gezeigt. Den revolutionären Kampf gegen den Staat Israel und dessen jüdische Bevölkerung zu richten, als den vermeintlichen Vorposten des ökonomischen und kulturellen Imperialismus, führt daher nicht ohne Zufall zurück in das völkische Fahrwasser feudaler Fürsten.

Für die radikale Linke ist es wichtig, der Formierung eines völkischen Kollektivs mit allen dazu notwendigen Mitteln entgegenzuwirken. Eine erfolgversprechende politische Praxis gegen das neue Projekt Deutschland und gegen die völkische Formierung ist aber letztendlich nur durchführbar, indem die Inhalte einer radikal antivölkisch ausgerichteten Linken in die bestehenden sozialen Bewegungen hineingetragen werden. Soziale Bewegungen werden auch ohne die Linke weiterbestehen, denn soziale Auseinandersetzungen sind ein zentrales Moment kapitalistischer Entwicklung. Aber die Stoßrichtung sozialer Bewegungen muß nicht mit der Formierung einer völkischen oder männlichen Gemeinschaft gleichbedeutend sein. Daher ist es die vordringlichste Aufgabe emanzipatorischer Politik, der Formierung partikularistischer Bewegungen entgegenzutreten, die dem universalistischen Anspruch auf Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung widersprechen. Nicht das soziale Kollektiv der Männer oder der Deutschen darf die Lösung der sozialen Frage sein.

Die notwendige Debatte um eine antivölkische Ausrichtung emanzipatorischer Politik sollte aber nicht einer neuen Freund-Feind-Logik geopfert werden. Es nützt nichts, das Konstrukt der zionistisch-imperialistischen Verschwörung unter anderem Vorzeichen wieder auferstehen zu lassen, nun als Bild von einem Komplott einer vereinheitlichten deutschen Bevölkerung gegen den Rest der Welt. Die „deutsche Bevölkerung" von heute ist nicht der Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte und der Prozeß der völkischen Formierung ist in Deutschland nicht weiter fortgeschritten, als in vergleichbaren Staaten. Es ist daher unerläßlich, zwischen den unterschiedlichen politischen und sozialen Fraktionen in der „Bevölkerung" und ihren formulierten Ansprüchen zu unterscheiden.

Soziale Forderungen können im Zuge völkischer Kollektivbildung, aber auch gegen die Formierung einer völkischen Gemeinschaft durchgesetzt werden. Gerade die Einflußnahme auf und die Unterstützung von Bewegungen, die ohne Rücksicht auf ein völkisches Interesse für ihre sozialen Belange eintreten, untergräbt den völkischen Konsens. Nicht umsonst ist es das erklärte Ziel nationalistischer Gruppierungen den emanzipatorischen Anspruch sozialer Bewegungen auszuhöhlen. Der Kampf gegen die soziale, geschlechtliche oder eine andere Diskriminierung setzt allgemeingültige Standards, die vor nationalen oder kulturellen Grenzen nicht halt machen. Eine antivölkische Politik muß daher nicht ohne Subjekte auskommen; es sind die Subjekte, die antivölkisch sind oder nicht.

Eine radikale Linke, die sich gegen das neue Projekt Deutschland stellt, lebt daher von der Intervention in die wiedererstarkende Anti-Atomkraft-Bewegung, von der Bildung von Protestbewegungen gegen den Hauptstadtwahn und olympische Spiele, von Aktionen gegen die „Mißbrauch des Mißbrauchs"-Kampagne. Doch der Kampf darf nicht zum Selbstzweck werden; denn die „Bewegung" und der „Widerstand" haben sich an anderer Stelle bereits erfolgreich gegen die Emanzipation der Menschheit gerichtet. Die Aufgabe einer radikalen Linken ist es daher, ohne ideologische Vorbedingungen und Opportunismus, die sozialen Zustände und die Verwickeltheit der Individuen in die globalen Macht- und Unterdrückungsstrukturen zu erörtern. Die faszinierenden Bilder vom militanten Widerstand im Wendland bedeuten in diesem Sinne nicht mehr als der Schimmer der Kristalle des Volksaufstands von 1938.

[1] „Hunde wollt ihr ewig bellen ..." (November 1978): Die Früchte des Zorn, Texte und Materialien der Revolutionären Zelle; Edition ID-Archiv; Berlin 1993;S.207.

[2] Revolutionärer Zorn Nr.3 (Mai 1977); *Ebenda*, S.168.

[3] „Hunde wollt ihr ewig bellen ..."; *Ebenda*, S.208.

[4] BekennerInnenschreiben zum Anschlag auf die israelische Importgesellschaft Agrexco in Frankfurt (Juni 1978); *Ebenda*, S.132f.

[5] *Ebenda*, S.82.

[6] Revolutionärer Zorn Nr.1 (Mai 1975); *Ebenda*, S.88.

[7] Brief von Hans-Joachim Klein an den Spiegel (Mai 1977); *Ebenda*, S.192.

[8] „Die Hunde bellen und die Karavane zieht weiter" (Mai 1977); *Ebenda*, S.195.

[9] „Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit" (Mai 1992); *Ebenda*, S.106.

[10] Revolutionärer Zorn Nr.1; *Ebenda*, S.88.

[11] „Gerd Albartus ist tot" (Dezember 1991); *Ebenda*, S.24.

[12] *Ebenda*, S.26.

[13] Die Früchte des Zorn; *Ebenda*, S.34.

[14] Revolutionärer Zorn Nr.2 (Mai 1976); *Ebenda*, S.156f.

[15] *Ebenda*, S.156.

[16] Revolutionärer Zorn Nr.3 (Mai 1977); *Ebenda*, S.172.

[17] Revolutionärer Zorn Nr.1 (Mai 1975); *Ebenda*, S.90.

[18] „Tendenz für die internationale soziale Revolution" (Mai 1992); *Ebenda*, S.58f.

[19] „Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit" (Mai 1992); *Ebenda*, S.65.

[20] „Hunde wollt ihr ewig bellen ..." (November 1978): *Ebenda*, S.206.

[21] *Ebenda*, S.205

[22] Geschichte, Rassismus und das Boot; Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse; Autonome l.u.p.u.s-Gruppe; Berlin 1992, S.147.

[23] Erklärung zum Anschlag gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster: „Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik" (1989); in: Früchte des Zorns, S.561f.

[24] Erklärung zu den Schüssen in die Knie des Leiters der Ausländerpolizei Hollenberg in Berlin im Oktober 1986; *Ebenda*, S.561f.

[25] Erklärung zum Anschlag gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster: „Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik" (1989); *Ebenda*, S.561f.

Vorsicht Täterschützer

Trotz der Forderungen in der vorletzten und letzten Interim,daß sich und dessen Bekannte/FreundInnen zu seinem Verhalten äußern mögen,halte ich es doch für abwegig,daß sich die „Szene“ in absehbarer Zeit auf eine ernsthafte Diskussion einläßt.Ich kann mich nur Ulis Position,daß Pädos nichts in der Szene zu suchen haben und eineinhalb Jahre Zeit für eine Auseinandersetzung reichlich lang bemessen ist,anschließen.Dieses Nicht-Verhalten zeigt eindeutig,wie ignorant diese „Szene“ mit diesem Thema umgeht und auf wessen Seite sie steht.

Daß diese Auseinandersetzung immer wieder abgewürgt und unter den „Szene-Tisch“ fallen gelassen wird,sowie sexualisierte Gewalt generell nicht diskutabel und angreifbar sein darf,erklärt Uli und auch ich werde mich dazu noch etwas auslassen müssen.

Augenscheinlich wird die Diskussion um immer dann fallen gelassen,wenn es darum gehen soll,in der „Szene“ eine Auseinandersetzung um mögliche Konsequenzen zu führen.

Die Frage,die sich aufdrängt,ist:Warum?

Da vermute ich doch mal,daß sexualisierte Gewalt ausübende Täter~~(innen)~~ innerhalb der „Szene“ gedeckt werden,da mehr Menschen (sexualisierte) Gewaltverhältnisse zu anderen haben,als „wir“ uns eingestehen wollen.Weiter,daß vor allem „Szene-Männer“ kein Interesse daran haben,daß ihre durch Hierachie aufrechterhaltene Machtposition angegriffen wird.Deutlich wird dieses am Umgang mit Vergewaltigern.Es sind schließlich immer noch Männer,die für sich die Definitionsmacht von sexualisierter Gewalt beanspruchen. Dann wundert es doch keineN,wenn „Mißbrauch“ innerhalb der „Szene“ totgeschwiegen wird...

Spätestens seit dem Wolff-Rutschky-Kongreß dürfte es auch den „Szene-Mackern“ klar geworden sein,welch Allianz hinter der von Wolff-Rutschky inszenierten Kampagne steht.

Lediglich ein paar Männergruppen mit anti-patriarchalen Ansätzen und betroffene Männer haben sich dazu geäußert.Der Rest hat wie üblich die Klappe gehalten;und zwar in der Hoffnung,diese Thematik auch weiterhin FrauenLesben zuzuschieben,um sich selbst nicht mit ihrem Machtmißbrauch auseinanderzusetzen.

Was mir dabei durch den Kopf schießt,ist folgendes:Ich unterstelle allen sich so verhaltenden Männern,daß sie hoffen,daß die zugefügte (sexualisierte) Gewalt eine so schmerzhafte Erfahrung für die Betroffenen war(ist),daß sie möglichst lange über ihre Gewalterfahrungen schweigen und damit die Machtstrukturen innerhalb der „Szene“nicht ansprechen können....

Weitehin scheint ihr zu wollen,daß diese Thematik nicht über die FrauenLesbenspezifische „Szeneecke“ hinausgeht.

Wenn MännerSchwuleJungen ihre (sexualisierten) Gewalterfahrungen öffentlich machen,heißt das für Euch,daß Ihr Euch mit der Thematik auseinandersetzen und Ihr Euer Nebenwiderspruchsgeseiere aufgeben müßtet.

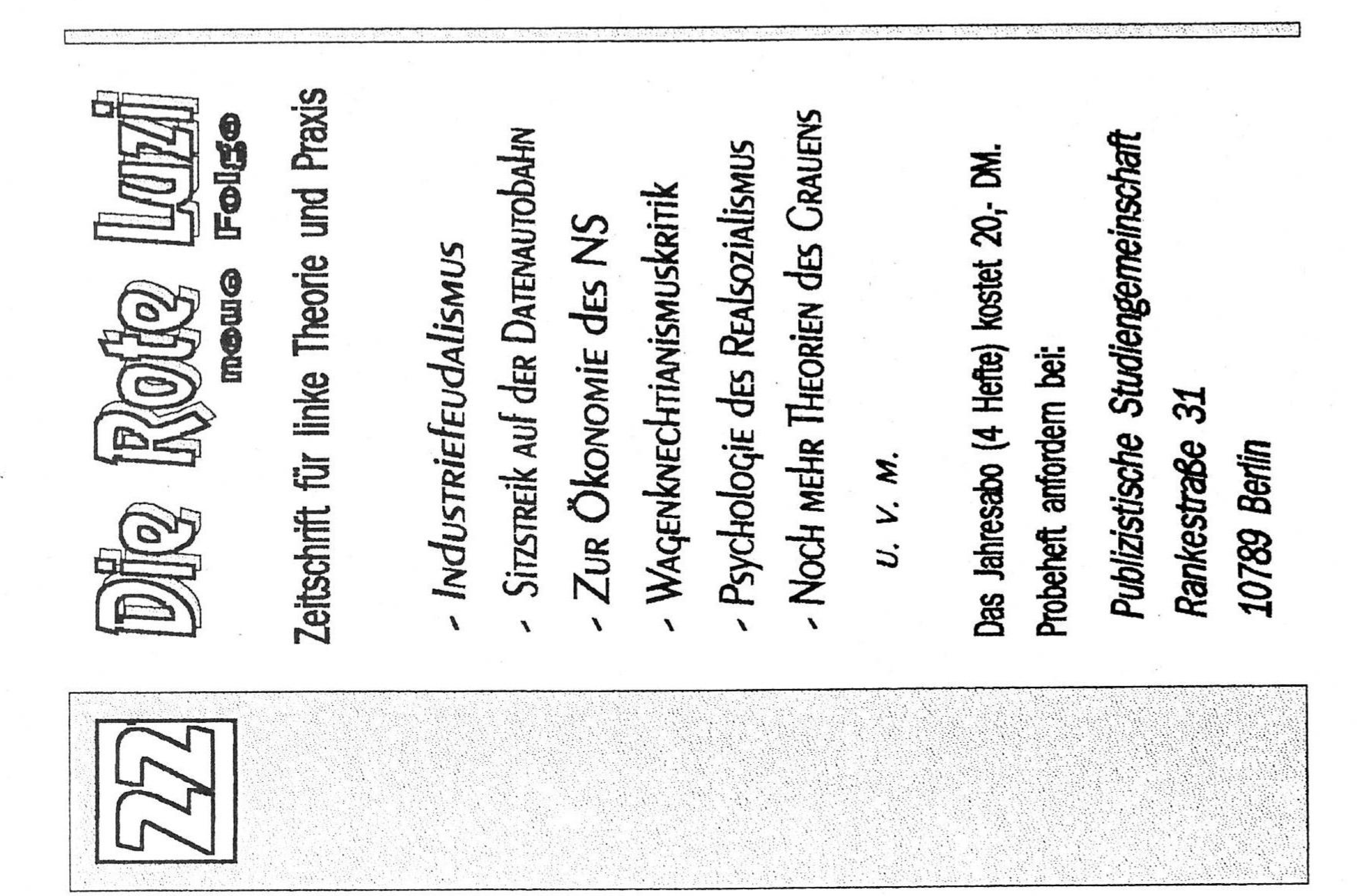
Wenn endlich die konkrete Forderung nach Rausschmiß aus der „Szene“ aif dem Tisch ist,dann macht Euch einen Kopf darum!

Weiter fordere ich von Euch,daß Ihr Euch auch mit Eurem Verhältis zu Kindern/Jugendlichen kritisch auseinandersetzt.Es ist ja wohl kein Wunder,wenn es Männer wie in der „Szene“ geben kann,wenn Ihr Kinder/Jugendliche bestenfalls als „Nachwuchs für den Kampf“ und damit Machenschaften für gerechtfertigt haltet!Wie weit wollt Ihr Kinder/Jugendliche eigentlich noch zu Objekten degradieren?

Heißt das nicht,daß der Zweck die Mittel heiligt,solange der „Nachwuchs besorgt“ wird?

Soll ich davon ausgehen,daß es für Euch nach dem Motto geht:Wo gehobelt wird,fallen Späne?

ZAPP



KEIN KONZERT

STELLUNGNAHME ZUM GEPLANTEN HEITER BIS WOLKIG KONZERT UND DEM ST. PAULI FANLADEN

MIT SEXISTEN UND VERGEWALTIGERN

Am 9. Juni 95 soll in HH Eppendorf, Sportplatz Corveystraße, ein Openair Konzert u.a. mit der Gruppe »Heiter bis Wolkig« stattfinden. Das Konzert steht unter dem Motto »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« und wird auf dem Plakat als »10 % political correct« angekündigt. Als einzige Kartenvorverkaufsstelle ist der St. Pauli Fanladen, Thadenstr. 94, Hamburg, angegeben. Deshalb müssen wir davon ausgehen, daß zumindest Teile des Fanladens an der Vorbereitung dieses Konzerts beteiligt sind.

Zur Erinnerung, noch einmal die Chronologie der Ereignisse:

- am 7.2.94 findet in der Flora ein Konzert von HbW statt, das von Leuten, die die Darstellungen der Gruppe auf der Bühne für sich als unerträglich empfinden, gestört und letztendlich abgebrochen wird. Das Publikum reagiert mit reaktionärem, ultrasexistischem und bedrohlichem Gegröle. HbW verhält sich dazu nicht (»... wir sind doch nicht für unser Publikum verantwortlich«).
- es erscheinen zwei kleine Artikel im Übersteiger, die sich über das »feministische Zensurkommando« empören und sich über deren angebliche Humorlosigkeit lustig machen. (»Schließt euch ein, diskutiert euch tot, aber bloß nicht lachen dabei!«)
- ein »feministisches Zensurkommando« schmeißt einen Beutel mit Buttersäure in den Fanladen und plakatiert dessen Außenfassade; es reagiert damit auf die beiden diffamierenden Artikel des Übersteigers.
- derweil laufen bundesweit Aktionen gegen Auftritte von Heiter bis Wolkig.
- Mitte Mai wird das HbW Mitglied Michael von einem Paderborner FrauenLesbenzusammenhang als Vergewaltiger öffentlich gemacht.
- Ende Mai beschließt der Fanladen/Übersteiger ein Konzert für den Übersteiger mit »Heiter bis Wolkig« für den 6.9.94
- während der ganzen Monate läuft eine schriftliche Auseinandersetzung in der Zeck und im Übersteiger über Hbw, Fanladen, Buttersäureaktion, Vergewaltigung etc.
- am 25.6.94 erscheint das Papier des Vergewaltigers Michael von HbW
- am 27.6.94 findet ein Gespräch zwischen Männern des Fanladens und des Flora Männerplenums und anderer Männer statt.
- schließlich sagt der Fanladen am 14.7.94 das geplante Konzert mit HbW ab.
- in einer Kölner Stadtzeitung droht Michael der vergewaltigten Frau mit einer Anzeige, falls sie die Anschuldigungen gegen ihn öffentlich wiederholt.
- im März/April 1995 tauchen erneut Plakate auf, in denen ein Konzert mit »Heiter bis Wolkig«, sowie den ebenfalls als sexistisch bekannten Bands »Terrorgruppe« und »Kassierer« für den 9.6.95 angekündigt wird. Einzige Kartenvorverkaufsstelle: Fanladen!

Die zentrale Kritik an HbW war, daß sie sich mit den Vorwürfen zu ihrem Programm nicht ernsthaft auseinandergesetzt haben, genausowenig mit der Tatsache, daß ein Mitglied der Gruppe ein Vergewaltiger ist. Diese Kritik besteht nicht nur bis heute, sondern hat sich durch das unakzeptable Verhalten der Gruppe (mit Ausnahme eines Mitglieds, das HbW verlassen hat) bestätigt. Mit dieser Kritik wurden die Männer vom Übersteiger in der Diskussion von Juni 94 konfrontiert. Damals wurde dieses Gespräch von den beteiligten Männern des Flora Männerplenums und weiteren Männern als konstruktiv und trotz z.T. heftiger Kontroversen als positiv empfunden, weil die inhaltliche Kritik von zumindest einigen der Übersteiger-Männer scheinbar angenommen und das geplante Konzert mit HbW abgesagt wurde.

Die erneute Beteiligung des Fanladens beim geplanten Auftritt von HbW zeigt aber, daß die Diskussion von ihnen allein unter taktischen Gesichtspunkten geführt wurde.

Aus Anlaß des erneut geplanten Konzerts gab es am Sonntag den 14. Mai 95 ein Mobilisierungstreffen gegen dieses Vorhaben, wo überraschenderweise außer dem Veranstalter des Konzerts ca. 30 bierseelige St. Pauli Fans und Mitglieder des Fanladens auftauchten. Wir wollen Inhalt und Verlauf dieses Treffens hier schildern, weil es klar macht, auf welcher Ebene die Konfrontation inzwischen läuft.

Das Gespräch verlief von Anfang an in einer aggressiven Stimmung, wobei sie die KritikerInnen immer wieder als »linksfaschistische SpaßverderberInnen« darstellten, die sich in ihre Flora (wo auch sonst?) einschließen und darüber brüten, wie sie den Rest der Menschheit »gleichmachen und auf ihre Linie bringen« könnten. Sich selber verstehen sie aber als weltoffene und lebenslustige AntifaschistInnen, die sich gegen dieses Diktat wehren müssen. Dies ist keine Polemik, so billig das klingt, so platt war es auch!

Sie halten

- die Auseinandersetzung von HbW mit ihrem Programm für ausreichend
- das Bandmitglied Michael nicht für einen Vergewaltiger und
- die Buttersäureaktion eines Frauenzusammenhangs gegen den Fanladen noch immer für den eigentlichen Skandal des vergangenen Jahres.

Sie tun so, als wenn es nichts selbstverständlicheres gäbe, als einen Auftritt von HbW, und ziehen ganz bewußt und mit Blick auf die vergangenen Auseinandersetzungen ihre Konsequenzen.

Und sie meinen immer noch, daß es Antifaschismus ohne antipatriarchalen Kampf geben könnte. Wer aber Faschisten bekämpft und gleichzeitig dabei die eigene Männerrolle bewahren will, kann nicht als Antifaschist gelten. Denn sowenig der deutsche Faschismus ohne männerbündische Organisierung, wie z.B. der Wehrmacht, zu verstehen wäre, sowenig kann es einen antifaschistischen Kampf geben, der die Gewaltverhältnisse gegen Frauen ignoriert oder sogar noch fortschreibt. (Die politische Niederlage des kommunistischen Widerstandes in den 30er Jahren war neben der faschistischen Repression vorallem auch darauf zurückzuführen.) Das wäre aber der Fall, wenn eine Band mit einem Vergewaltiger auf einem Konzert unter einem antifaschistischen Motto auftritt. (Welche Diskussionen gäbe es, wenn ein Faschist in einer Band mitspielen würde?)

An diesem Punkt wurde im Gespräch deutlich, wo die grundsätzlichen Unterschiede liegen und wo es kein Miteinander mehr gibt. Einzig und allein Frauen bestimmen was eine Vergewaltigung ist! Unsere Solidarität gilt dann der betroffenen Frau; es soll keine Männerkumpanei geben und Männer sollen sich nicht in die Rolle von einem Richter oder Anwalt begeben. Das sind politische Minimalpositionen, hinter denen wir nicht mehr zurückgehen. Der Veranstalter sieht das anders: »Die Frau kann es zwar als Vergewaltigung empfunden haben, deshalb ist Michael aber noch kein Vergewaltiger – da gibt es eine riesige Grauzone.« Er machte klar, daß er das Konzert, koste es was es wolle und mit entsprechenden Schutzmaßnahmen, durchsetzen wird. Für den Fall von Aktionen gegen den Auftritt von Heiter bis Wolkig ließen die anwesenden Fußballfans keine Fragen offen: »dann steht hier nichts mehr..., jetzt ist Krieg.«

V.i.S.d.P.: A. Zoren, Tiefstraße 30, 2268 Hamburg

Vergessen.« ist eine antifaschistische Parole, die sich gegen die Tendenz in der BRD richtet, die Verbrechen der NS-Zeit vergessen zu machen. »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« ist eine Kampfansage gegen all diejenigen, die von einer stichtagartigen Befreiung vom Faschismus reden, um sich nicht mit den Kontinuitäten zwischen der NS-Zeit und der BRD-Geschichte befassen zu müssen.

Auf der anderen Seite ist sie eine Aufforderung an all diejenigen fortschrittlich orientierten Menschen dafür Sorge zu tragen, daß die faschistischen Verbrechen und Strukturen weder vergessen, vergeben oder sonstwie relativiert, sondern angegangen und bekämpft werden. Daß ein solches Konzert unter diesem Motto durchgeführt werden soll, ist eine Provokation, da es ersichtlich ist, daß die Organisatoren das Konzert nicht in irgendeinen antifaschistischen Kontext stellen. D.h. sie haben inhaltlich nichts zu dem Motto bzw. zu dem politischen Rahmen des Festivals geäußert, sich zugunsten von HbW gegen »Absolute Beginners« entschieden, einer Band mit eindeutig antifaschistischen Texten, die nicht mit HbW auf einer Bühne stehen wollten und zuguterletzt verschwinden die Einnahmen des Konzerts in den Taschen der Bands und des Veranstalters (was an für sich schon ein Skandal ist).

Und zu der 10 % pc Polemik. Uns geht es nicht um das Erringen oder gar Verteilen von pc-Prozentpunkten, sondern um das Bedürfnis und das Bemühen, die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse zu verstehen und eine Praxis zu entwickeln, um ihnen was entgegensetzen zu können, weil es dabei auch um unsere eigene Befreiung geht.

Leute, die sich 10 % pc auf die Fahne schreiben geht es nicht so, sondern sie verhöhnen dies alles, nehmen sich und das Motto »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« nicht ernst und ordnen sich stattdessen selber in das herrschende Mehrheitslager ein. Darin sind sie voll auf Linie, ganz zufrieden und auch bereit, diese Zustände zu verteidigen, wie z.B. durchzusetzen, daß eine Band mit einem Vergewaltiger wie selbstverständlich spielen kann. Für uns ist das Verhalten des Fanladens 10 % linke Rituale und 90 % herrschende Normalität.

Deshalb fordern wir:

Kauft keine Karten, verhindert den Auftritt!

Kein Konzert mit Heiter bis Wolkig am 9.6.95 in Eppendorf!

Tut eure Meinung kund: Tel HbW: 0221/ 21 40 91, Tel Fanladen: 439 69 61

Das Flugblatt wird unterstützt von: Schwarzmarkt • MitarbeiterInnen des Anwaltsbüros von Bracken & Mendecke • Flora Männerplenum • FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt • Zeck-Redaktion • Männerwohnprojekt 4D • einige autonome Gruppen Hamburg • Autonome Chiapas Gruppe Hamburg • Männermedienarchiv • Basisgruppe • Hamburger Männercafé • Las Muralistas • Café Knallhart HWP • Männergruppe Elend • Volxcafé Uni Hamburg • einige Rev-Block-Männer • Wagenburg Bambule • Flora Frauenplenum • Frauenwohngruppe von Nimm 2

DER KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND SEXISMUS IST UNTEILBAR!

Bargeld für alle - Resteverkauf

Von der letzten Umtauschaktion im Rat&Tat **sind noch ziemlich viele Waren übriggeblieben**, da zu wenig Leute gekommen sind, um Waren einzukaufen. Wir können die Flüchtlinge, die ihr Konto für Kaffee und *sweeties* geleert haben, nicht wieder fortschicken, ohne ihnen die Sachen abzunehmen, sind jetzt aber privat ziemlich verschuldet. **Wir fordern Euch alle dringend auf, Euch am Abbau unseres Resteberges zu beteiligen!** Wir verkaufen die Waren

am Sonntag, dem 25.6., und am Sonntag, dem 2.7.
jeweils von 18.00 bis 20.00 Uhr
im Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16 im Wedding (U9 Nauener Platz / U6 Leopoldplatz).

Als Reste gibt es vor allem zu kaufen:

Kaffee (Jacobs Krönung, 1 Pfd.): 9,82 DM
Geschirrspülmittel (Palmolive, 1 l): ca.3,80 DM
Trockenfrüchte (diverse Sorten) zu diversen Preisen (ca. 2,50 - 3,50 DM)
Naßrasierer (Wilcinson Sword Protector): ca. 10,50 DM
Beuteltee (Darjeeling, Assam, Ceylon): 2,15 DM

P.S.: Der nächste reguläre An- und Verkauf findet am Sonntag, 9.7.95, von 15 bis 19 Uhr im Rat&Tat statt.

Für alle, die es noch nicht wissen:
„Bargeld für alle" - Flüchtlinge unterstützen!

Seit Inkrafttreten des **„Asylbewerberleistungsgesetzes"** wird vielen AsylbewerberInnen in der Bundesrepublik keine Sozialhilfe mehr ausgezahlt. Statt dessen erhalten sie Leistungen, die in ihrem Wert gegenüber der Sozialhilfe deutlich vermindert sind. Außerdem wird ihnen kein Bargeld ausgezahlt, sondern sie erhalten (auf verschiedene Weise) Sachleistungen. In Berlin funktioniert das so, daß die betroffenen AsylbewerberInnen bargeldlos in einem Magazin innerhalb eines Flüchtlingsheims einkaufen müssen.

Als **Aktion „Bargeld für alle"** versuchen wir seit Ende letzten Jahres, die betroffenen Flüchtlinge zu unterstützen, indem wir ihnen Sachleistungswaren zum Originalpreis abkaufen. Da wir selbst nicht über die Massen an Bargeld verfügen, müssen wir die aufgekauften waren an Euch weiterverkaufen.

Wir wissen, daß wir so dieses Gesetz, das auch nur ein Teil eines zunehmend offensiver und rücksichtsloser auftretenden Rassismus in der BRD ist, weder heute noch morgen werden kippen können. Was wir aber tun können, ist zweierlei: die Profiteure, Verantwortlichen und Ausführenden solcher Regelungen behindern und den Alltag der Flüchtlinge durch praktische Unterstützung etwas menschenwürdiger gestalten. Beides sollte nicht ohne das andere geschehen.

Kaffe - o.K. -- Rasierer - auch o.K. -- aber was zum Teufel mache ich mit Trokkenfrüchten??? Zum Beispiel:

Sauerkrautsuppe mit Schlagsahne

Für 4 Personen brauchst Du ca. 1 Pfd. Sauerkraut (je nach Hunger...) und ca. ½ Pfd. Trockenfrüchte (je nach Geschmack...); am besten eigenen sich Aprikosen und Pflaumen. Außerdem klare Gemüsebrühe und ¼ l Schlagsahne.

Einfach Sauerkraut und Trockenfrüchte in Gemüsebrühe kochen, evtl. mit etwas Salz und Pfeffer oder mit etwas Honig würzen. Schlagsahne schlagen. Und dann einfach auf'm Teller auf die Suppe klecksen.

Ansonsten fordern wir nach wie vor:

UNGEKÜRZTE BARAUSZAHLUNG (MINDESTENS) DER SOZIALHILFE!
ABSCHAFFUNG DER RASSISTISCHEN AUSLÄNDERINNENGESETZGEBUNG!

Initiative gegen das „Asylbewerberleistungsgesetz"
c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin, Tel.+Fax: 455 10 10 / Tel.: 455 44 40



Veranstaltung im Ex
am 23.6. 20 Uhr
"Unterstützt den
Wendländischen Widerstand"

Unter dem Motto " The Final-Paadie / Gladbach- Fans gegen Rechts" findet in den BKA-Zelten am 24.06.95 ein Fest antirassistischer Fußballfans statt. Auf einer Podiumsdiskussion soll dort über Fußball und Kommerz gestritten werden. Ab 15.00 gibts das Frauenendspiel auf Großbild, bekocht wird das Fest von verschiedenen Antifa- Gruppen. Dieses Fest soll einen Teil der antifaschistischen Fußballfans zusammenführen und ist ein Gegenstück zum offiziellen Motto Fans und ihre Polzei.

Ort: BKA - Zelte

Tag: 24.6.95

10-16 Uhr (vorSpiel)(5.-) Podiumsdiskussion, Spiele rund um den Ball, Essen, Infostände, Videos

17-? Uhr (3.Halbzeit) (8.-) ab 21.00 Konzert Double Torture (Punk)

danach Special " Ska"

GRILLEN IM TIERGARTEN - NA KLAR !! um 13h am So.25.6.95

gegen rassistische Saubermänner

Ob gegrillter Hammel, Schweinshaxe oder Grünkernbratling, erlaubt ist, was schmeckt.
Wir grillen weiter, mitten im Regierungsviertel - basta !

GRILLS, ESSEN UND TRINKEN SELBER MITBRINGEN

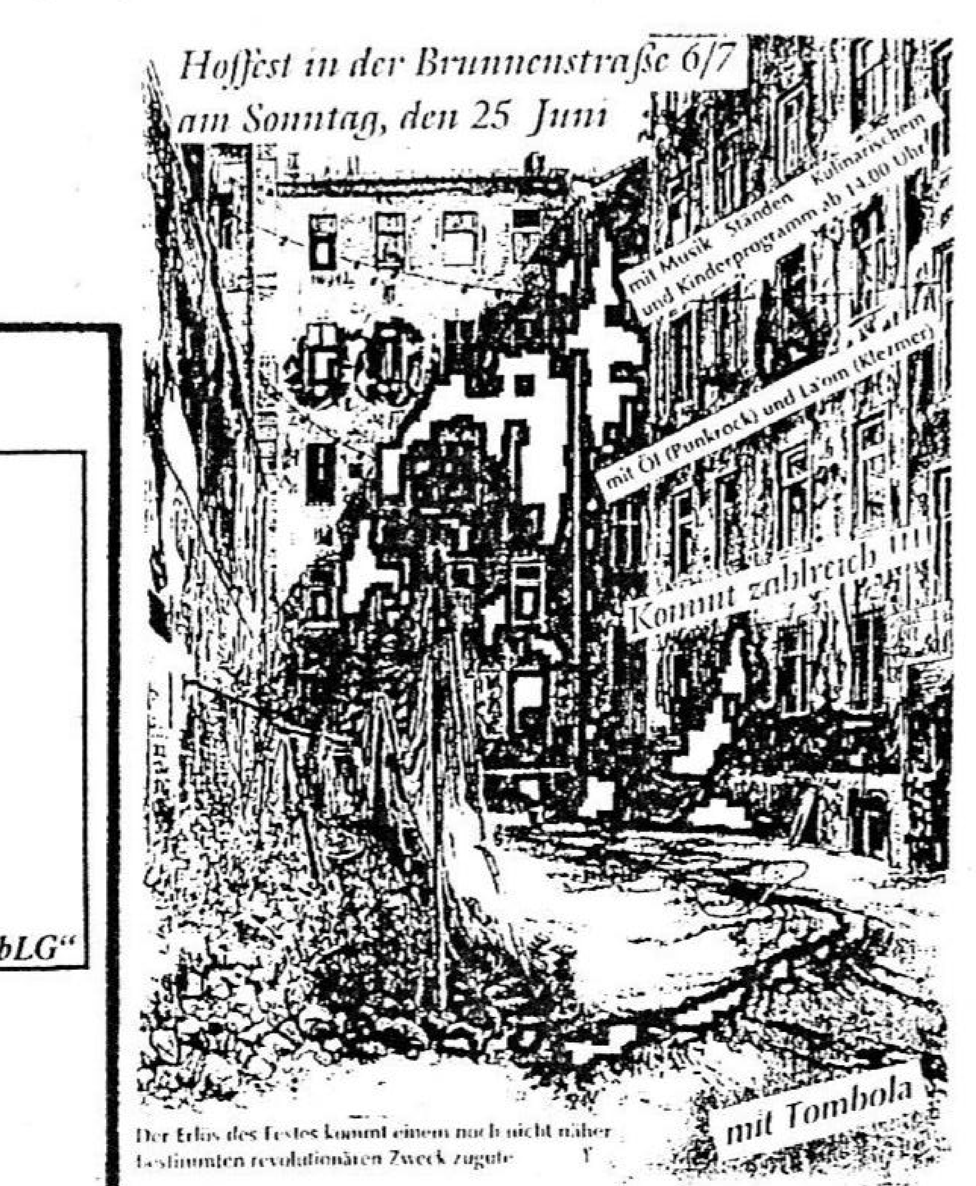
AIM antifaschistische initiative moabit

V.i.S.d.P.: E. Weiss, Postfach 210235, 10502 Berlin

info 5

zum Prozeß gegen
Birgit Hogefeld

NEU im Fachhandel erhältlich



Der Erlös des Festes kommt einem noch nicht näher bestimmten revolutionären Zweck zugute

Bargeld für alle - Resteverkauf

am **Sonntag, dem 25.6.**, und am **Sonntag, dem 2.7.**
jeweils von 18.00 bis 20.00 Uhr
im Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16 im Wedding
(U9 Nauener Platz / U6 Leopoldplatz).

Es gibt Kaffee, Beuteltee, Geschirrspülmittel, Naßrasierer und Trockenobst.

Ini gegen das „AsylbLG"

VERHINDERT COPEX!

ANTIFA BONN/RHEIN-SIEG

Am 27. und 28 Juni findet in der Stadthalle Bad Godesberg unter dem Namen *COPEX* eine *"Ausrüstungsausstellung für spezielle militärische Erfordernisse, polizeiliche Spezialeinsätze, friedensschaffende Einsätze und Nachrichtendienste"* statt. Die dort ausgestellten Eisen sind offenbar so heiß, daß den allgemeinen Medien und der Öffentlichkeit der Zutritt verboten ist. Folterwerkzeuge wie Elektroschockgeräte sowie Hand- und Fußfesseln, die auf der letzten COPEX-Messe in Großbritannien für einigen Wirbel sorgten, aber auch Panzerfahrzeuge und Munition sollen nur einem ausgewählten Publikum zur Schau gestellt werden. Es soll klein und am besten geheim gehalten werden, mit welchen Mitteln hierzulande und weltweit Herrschaftssicherung betrieben und Widerstand bekämpft wird. HANGEN WIR DIE MESSE AN DIE GROSSE GLOCKE. GREIFEN WIR EIN!

BLOCKADE

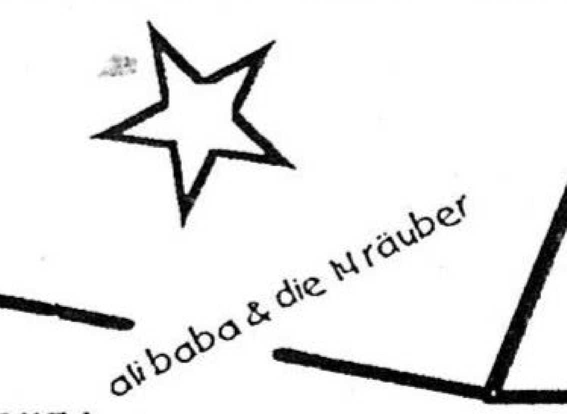
27.6. BONN

ab 8.30 UHR *vor der Stadthalle Bad Godesberg: Aktionen Zivilen Ungehorsams*
16.30 UHR *Demo ab Rheinallee durch Godesberger Innenstadt zur Stadthall*

Am 27. 6. 1993 wurde unser Freund und Genosse
Wolfgang Grams
von der GSG 9 in Bad Kleinen
hingerichtet.

Wolfgang hat für ein menschenwürdiges Leben
und gegen die Verbrechen des Imperialismus gekämpft -
deshalb wurde er ermordet.
Glaubt den Lügen der Mörder nicht !!!
Die 'Gutachten' können uns nicht täuschen.
Solidarität mit allen politischen Gefangenen !!!

Wir sehen uns am 27. 6. um 13°° Uhr in Bad Kleinen ...



ali baba & die N räuber

ANTIFASCHISMUS HEISST KAMPF DEM RASSISTISCHEN SYSTEM!
Veranstaltung von Antifas für Antifas u.a. zur Situation der VietnamesInnen in Berlin
Schwerpunkt: Repression und Kriminalisierung
Wir wollen Ansätze von gemeinsamer praktischer Zusammenarbeit
zwischen Antifa- und Antira-Gruppen diskutieren und schon gemachte
Erfahrungen reflektieren
Wo? Veranstaltungsetage "GRÖSSENWAHN" in der Kinzigstr. 9 HH in Friedelhain, (U) Samarite
Wann? am Donnerstag, 29.6. um 19,00 Uhr

F.e.l.S. Antifa-AG Friedrichshain
BLEIBERECHT FÜR ALLE - JETZT SOFORT!

Info-Woche zur Situation der radikalen Linken in der Schweiz

27 6	20 Uhr	Zur Geschichte der Linken 1980-95
28 6	20 Uhr	HausbesetzerInnenbewegung heute
30 6	20 Uhr	Film " Züri brennt"

Ort: Krähenfuß in der Humboldt-Uni (Ostflügel)

Frauenraum:
Muß der FrauenLesbenRaum mangels Bedarf und Interesse in den autonom organisierten FrauenLesbenZusammenhängen aufgegeben werden oder gibt es interssierte FrauenLesben, die den Raum verbindlich übernehen wollen?
Interessierte FrauenLesben sind herzlich eingeladen:
Treffen am Donnerstag, den 29.06. um 20.oo Uhr im Mehringhof; 2. HH, 4.Stock, Aufgang 3 nach oben laufen (für RolliFahrerinnen oder FrauenLesben, die schlecht Treppen steigen können, ist ein Fahrstuhl vorhanden)
ach ja: Gneisenaustr. 2a !!!!

- Fr. 23. Juni 17 Uhr **Demo** wegen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vom 13.6. Treff: Humbolt Uni/Unter den Linden
- Sa 24. Juni 13 Uhr Oranienplatz. **CSD-Lesbendemo 1995**
- Sa 24. Juni Bundesweites Treffen zur Vorbereitung einer Demo "für das Leben von Mumia Abu-Jamal. Wuppertaler Zentrum, Wiesenstr. 11.
- Mo 26. Juni 20 Uhr **Chiapas/Mexico: Film über die EZLN**, anschließend **Info-Veranstaltung** in der Humbolt Uni, Kinosaal im Ostflügel des Hauptgebäudes
- Mo 26. Juni 18 Uhr Breitscheidplatz - **Demo gegen Bundeswehreinsatz in Bosnien** (und anderswo)
- Di 27. Juni 20 Uhr **Vortrag:** Der modernisierte Faschismus und seine Kritiker. "Neue Rechte" und Gegenstrategien sechs Jahre nach der Wende. Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung. Ort: Baobab, Winsstr. 53 10405 Berlin
- Fr. 30. Juni 18.30 Uhr **Veranstaltung zu Grauen Wölfen.** Hauptgebäude TU-Berlin, Raum H110, Straße des 17. Juni ...

Pack den deutschen Tiger in den Tank

Unser ganzes Solidaritätstanken bei Shell hat nichts geholfen. Erst fahren wir extra noch durch die Lande, damit wir noch ein bißchen Shell in den Tank kriegen und verbrauchen, füllen noch ein paar Mollis auf Vorrat ab, und dann das: diese Idioten beugen sich dem aufgebauschten Druck aus Deutschland und Umgebung und segeln umweltfreundlich mit ihrer Brent Spar nach London zurück. Ein Sieg für die Fische in fernen Ländern und Meeren? Unsere Gegner in der Solidarität mit Shell waren zu stark, unser kleines aufrechtes Häuflein Linksradikaler mit Unterstützung von Major und Heseltine hat es nicht geschafft. Was können wir auch gegen diese große deutsche Koalition schon ausrichten. Deutsche Regierung, deutsche Autofahrer, deutsche Konzerne, Grienpies aus Deutschland, deutsche Ökos, deutsche Nazis mit Briefbomben, niemand will außerhalb stehen.

Aber halt, es ging ja um Fische in fernen Meeren, und da sind wir Deutsche uns doch schnell einig. Und es ging um einen Konzern im fremden Land England. Und es ging nicht um Menschen, wie damals bei Shell und Südafrika oder heute bei Shell in Nigeria oder bei vielen anderen Beispielen.

Was wäre denn gewesen, wenn statt Shell ne deutsche Firma ihren Müll in den Atlantik schmeißen würde, was bestimmt auch tagtäglich passiert? Wenn Aral (im Besitz der BRD und von Veba, AKW-Betreiber) und DEA (Tochter von RWE, betreibt den Rest der deutschen AKWs) nicht nur die deutsche Luft mit Abgasen verpesten helfen, sondern auch die atlantischen Fische, die später bei uns als Fischstäbchen enden?

Und überhaupt, dieses Grienpies. Ein Konzern, an den die Deutschen so gern ihr Umweltgewissen delegieren. Warum in aller Welt machen das die Linken auch immer noch? Die Chefs mit Managergehältern, hierarchisch bis in die letzte Dorfgruppe, keineswegs irgendwie links, die alte Deutschland-Chefin jetzt SPD-Umweltministerin in Niedersachsen, sehr unbeliebt bei Castor-GegnerInnen im Wendland. Eine große Geldeinsammelorganisation zur Finanzierung der Managergehälter von über 10.000 DM im Monat (nix mit ehrenamtlich). Es gibt eine lange linke Kritik an diesem Konzern, und plötzlich ist das alles wieder weg. Mit alltäglicher Basisarbeit hat das nichts zu tun.

Ein riesiger Public-Relations-Apparat, der jeden kleinen Furz von ihnen aufbläst zu einer riesigen Aktion. (Interessant ist es ja wirklich, wie sie es schaffen mit jedem Unsinn, den sie verbraten, weltweit ins Fernsehen zu kommen. Wir Linksradikalen könnten uns davon ein Scheibchen abschneiden.) Aktionen werden von oben gelenkt, geplant und mit bezahlten Kräften ausgefüllt. Richtige Männer, die in dieser Welt noch ein Abenteuer suchen, bewerben sich bei ihnen in der Hoffnung, in der nächsten Marlborowerbung für spätpubertäre Jungs zu erscheinen. Einmal auf einem Wal reiten vor den Harpunen der Walfänger, nicht immer nur im Gebirge, sondern auch auf einen Schornstein klettern, in einem kleinen Schlauchboot vor den bösen Giftfrachtern kreuzen, mit deinem Hubschrauber mal schnell im Wasserregen auf der Bohrinsel landen und dich völlig selbstlos naßspritzen lassen für das hehre Ziel Umwelt und das Spendenkonto deines Konzerns. Aber dazu mußt du erstmal jahrelang Mitgliedsbeiträge zahlen, die nächsten Jahre Büroarbeit machen, dann eine Ökokampf-ausbildung und erst dann wirst du berühmt. Und deine Chefs reich. Die klassische Aktion eines Deutschen für die Umwelt ist doch die Ausfüllung eines Überwei-sungsformulars an sie und das Sauberhalten seines Vorgartenrasens.

Und wie wir sehen sind solche Grienpiesaktionen nun wirklich keine großen Vorbilder und womöglich nachahmbar, oder hast du einen Hubschrauber? Wir fallen eher darauf rein, daß die so schön aktionistisch zu sein scheinen, so wollen wir doch auch sein mit viel Publicity und am besten noch viel Erfolg. Uns Linksradikalen fehlt einfach das richtige Management dazu.

ajfjadkfjjkfd laj

PS: Es folgen noch Verhaltenstips für Sachsens Innenminister Eggert

Du weißt doch, daß wir im Patriarchat leben. Warum hast du dann unbedingt deine Leibwächter angrapschen müssen. Wir verstehen ja, daß deine jungen knackigen Schwestern dir schon sehr reizvoll vorkamen. So braungebrannt, kampfgestählt, blond, blauäugig, richtige Muskeln, vielleicht sogar ein im Licht glänzender Bizeps. Die vom SEK kamen dir ein wenig alt vor, aber der Schnäuzer hatte ja schon etwas. Aber denk doch dran, wir leben im Patriarchat. Denn dort sind auch deine Leibwächter Teil der Herrschenden. Hättest du doch deine Sekretärinnen belästigt, ihre Beschwerde über dich wäre in die Schublade gewandert, wenn sie nicht gleich deswegen gefeuert worden wären. Aber du bist noch neu in dieser BRD, du kennst die Mechanismen noch nicht. Deine Ministerkollegen machen alles und dürfen fast alles. Menschen mit dem Auto umfahren, Korruption, Umweltvergiftung, Beleidigungen, Rassismus bis zu Vergewaltigungen, aber doch nur gegen Frauen. Du weißt doch, "schwul" ist das größte Schimpfwort für einen echten Mann. Und für solche halten sich doch deine Bullen und Leibwächter. Und im Patriarchat gilt nun mal: sexuelle Belästigungen sind o.k., nur nicht gegenüber Männern, weil schwul ist iiih.

Unsere "Bürgerrechtler"

Was ist eigentlich aus der ehemaligen Oppositions-Scene der DDR geworden, nachdem dieser spätstalinistische Staat aus der Weltgeschichte abgetreten ist. Für dieses Milieu hat sich irgendwann einmal im öffentlichen Diskurs der zwielichtige Begriff des "Bürgerrechtlers" breit gemacht. Eine Beschaftigung lohnt sich deshalb, weil es sich doch bei der DDR-Opposition um eine Ansammlung von Nonkonformisten zu handeln schien, die sich in vielfältigen Formen dem Totalitätsanspruch des anderen deutschen Staates entzogen oder entgegengestellt haben. Und soetwas beansprucht zunächst allemal mehr Sympathie als beispielsweise das immer noch existierende STASI-Bullen-Milieu in der PDS.
Naturlich ist es immer schwer zu sagen, wer genau zu einer "Scene" dazu gehort und wer nicht, bzw. was eine Scene überhaupt ausmacht und charakterisiert. Wahrscheinlich besteht soetwas wohl immer in einer Mischung aus Jugend-Subkultur, kunstlerischer Boheme und ein paar verstreuten Intelligenzlern. In der DDR ist diese Opposition in besonderer Weise dem Einfluß der protestantischen Kirche als eine Art "staatlich geduldeter Freiraum" ausgesetzt gewesen. Hinzu kam eine umfassende, manchmal plump-brutale, staatliche Repression, die Leute oft "gleich" und "politisch" gemacht hat, die nichts miteinander zu tun haben (wollen) und eigentlich auch gar nicht "politisch" waren. Zudem gilt: Nicht mal eine Oppositions-Scene kann völlig frei von Moden einer oft kurzlebigen Neugier oder gar von Opportunismus in den verschiedensten Schattierungen sein.

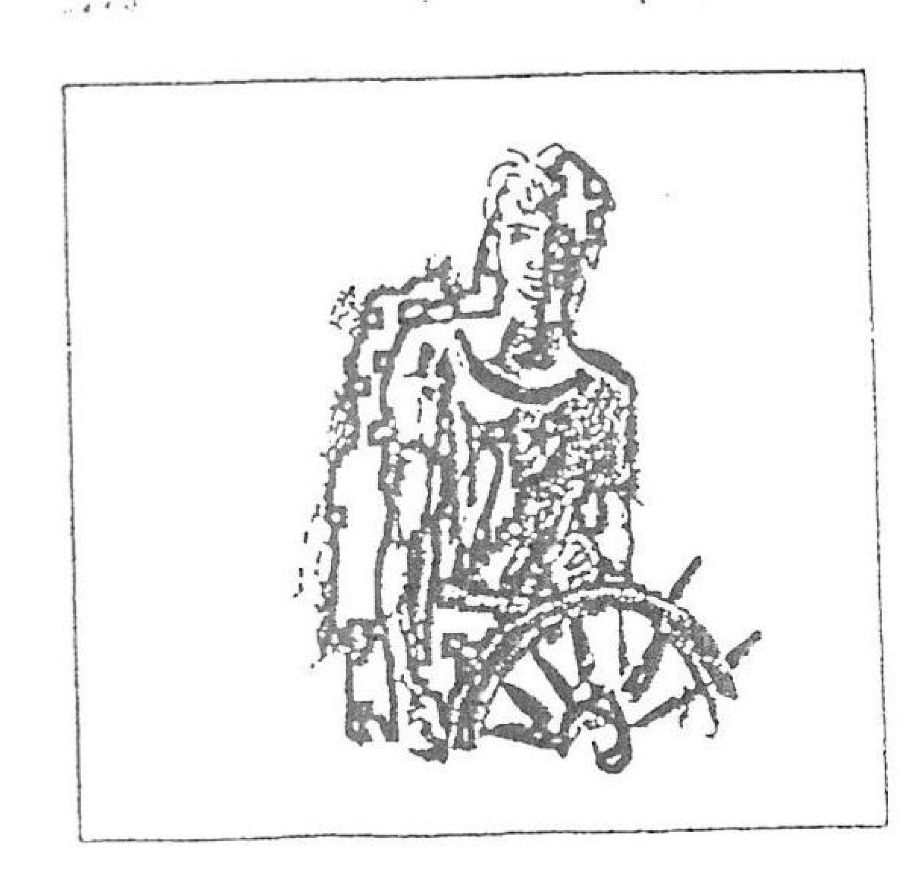
Fünf Jahre nach der toten DDR ...

kann gesagt werden, daß die ehemalige DDR-Oppositionsscene so gut wie vollständig aufgehört hat zu existierten. Sie ist nach der "Wende" einfach auseinandergefallen und zwischenzeitlich in alle Winde verstreut. Viele aus der Scene ließen sich von den Parteien kaufen oder sind anderweitig in den Institutionen des bürgerlichen Staates, als Parlamentsabgeordnete, Schreiberlinge, Minister usw. untergekrochen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien verzichtet darauf, sich seinen "Bürgerrechtler" zu halten.
Das was wir ansonsten heute öffentlich als "Bürgerrechtler" zugemutet bekommen, bietet uns, insgesamt betrachtet, ein mehr als klägliches Bild: Der grüne Bundestagsabgeordnete Poppe dilletiert als Kriegsfanatiker in Sachen Bosnien; die moralinsaure Bärbel Bohley geistert als antisemitisch angehauchte Gysi-Jägerin durch die Gazetten der burgerlichen Presse; der infantile Jens Reich präsentiert sich mit ökofaschistischen Vorstellungen, und ein W. Templin und eine F. Klier probieren sich gleich directemang als strunzdumme "Neue Rechte". Mittlerweile tritt uns das Denken von "Burgerrechtlern" in Form eines ekligen Gebrau als ressentimentgeladenes dichotomisches Tater-Opfer-Sauber-Unschulds Gesabbels entgegen. Munitioniert von der durch die herrschende Macht schlau betriebene, und im ehemaligen Osteuropa exklusiven, Outing- Erpressungs- und Abschußbehorde GAUCK, lallen "Burgerrechtler" in der all monatlich laufenden STASI-Soap-Opfer-Opera ein gesellschaftstheoretische Katastrophe nach der anderen vor sich hin. Ohne Not wird der vor `89 erworbene moralische Widerspenstigen-Kredit für ein Linsengericht verlabert. Vielleicht entbehrt das individuelle Schicksal einiger "Bürgerrechtler" nicht in jeden Fall einer gewissen personlichen Tragik: Niemand kann behaupten, daß es eine schöne Situation für die Betroffenen ist, in dieser kapitalistischen Wolfsgesellschaft politisch fast bedeutungslos irgendwo in eine stille Ecke verschoben zu sein, und zuweilen als dummer August oder Augustine vor eine Kamera der PAY-TV`s gelockt zu werden. Aber wie immer man es zu wenden versucht: Kein Weg führt an der Erkenntnis vorbei, daß es in der Geschichte dieses Landes schon immer gefährlich war, wenn politisch Frustrierte versuchen "Politik zu machen"; und sich selber dabei auch noch als "sauber" und "unschuldig" halluzinieren; ganz so als wußte niemand, daß nörgelnde Jammerlappen nicht immer auch schon ganz ausgekochte Lugner waren.

... der lange Schatten des Stalinismus

Es ware unseren "Bürgerrechtlern" gegenuber zuviel der Ehre, würde man sie als "Konterrevolutionäre" bezeichnen. Das stimmt auch deshalb nicht, weil in der gesellschaftlichen Realitat der DDR - frei nach Rudi Dutschke - zwar vieles verstaatlicht und fast alles real war, nur eben nicht der Sozialismus und die Revolution. Und es ist nur logisch, daß dort, wo keine "Revolutionare" Platz gefaßt haben, es auch keine "Konterrevolutionare" geben konnte. Die SED-Stalinisten haben in vierzig langen Jahren wirklich grundliche deutsche Wertarbeit darin geleistet, die kritischen Geister und lachenden Linksintellektuellen solange wahlweise in die Knäste zu sperren oder gleich ganz weg zu jagen, bis nur noch ein schäbiges Häuflein von Idioten, Narren (im schlechten Sinne), Medienpuppen und Wichtigtuern unter dem Sammelbegriff "Burgerrechtler" als gesellschaftliche Opposition übrig geblieben sind. Allmählich wird offenkundig, daß eine Reihe dieser "Bürgerrechtler" eine Symbiose von Stalinismus und autoritären protestantisch-fundamentalistischen Mentalitäten in der Prägung ihrer Biographie eingegangen sind, die nur noch als dubios bezeichnet werden kann. Das sie sich dabei als "Antikommunisten" verstehen mögen, mag man ihnen ja noch abnehmen; schließlich ist dieses Etikett in diesen Landen schon immer billig zu haben gewesen. Aber das von den "Bürgerrechtlern" gleichfalls in Anspruch genommene Label "antistalinistisch" verkennt den Zusammenhang zu ihrem eigenen Werdegang in der DDR-Gesellschaft: Seit geraumer Zeit können wir in Rußland die Transformation einer nationalbolschewistischen Intelligenz in einen neuen, gemeinschaftstummelnden, moralistisch aufgepumpten Rechtsradikalismus beobachten. In den von "Burgerrechtlern" benutzten Argumentationsfiguren gehen sie einen ähnlichen Weg. Und das ist alles ein ganz großer Mist. Insofern sind auch diese "Bürgerrechtler" ein weiteres schlechtes Vermächtnis der toten DDR in die Berliner Republik.

«Тимур и его команда»



wenn raSSisten angreifen, dann sorge dafür, daß sie es nie wieder tun!

Liebe und Kraft den Gesuchten

Solidarität mit allen von Abschiebungen bedrohten Menschen



Demonstration

ohne Alk

24. 6. 95, 15 Uhr

S-Bhf. Mehrower Allee

Abschlußkundgebung

am Helene-Weigel-Platz

Antifa Marzahn

& UnterstützerInnen: Autonome Antifa A+P, Antifa-Jugendfront, Autonome Antifa Lichtenberg, B 259, Junge Antifa Hellersdorf

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, 10999 Berlin